

GenderWorks

Gemeinsam sind wir stärker:
Abschließendes Grundsatzpapier des
GenderWorks Projekts

Oxfam GB, Februar 2010



Gemeinsam sind wir stärker: Abschließendes Grundsatzpapier des GenderWorks Projekts

Sue Smith, Februar 2010

Danksagungen

Vielen Dank an alle Frauen und Männer, mit denen Oxfam am GenderWorks Projekt zusammengearbeitet hat, für ihre Inspiration und harte Arbeit. Unser besonderer Dank gilt Gina Webhofer von WAVE und Marco Maranza von Lamoro für deren Beiträge und Kommentare.

GenderWorks ist ein zweijähriges, von der Europäischen Kommission im Rahmen von PROGRESS finanziertes Projekt (2007 – 2009) zur Untersuchung der Erfahrungen von Frauen mit Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa sowie der politischen Prozesse zur Verbesserung ihrer Lebenssituation. Oxfam ist die leitende Organisation, mit Partnerorganisationen in Italien und Österreich.

Inhalt

1. Zusammenfassung	4
2. Hintergrund des Projekts	5
3. Analyse und Empfehlungen zu wichtigen Politikbereichen	5
4. Quo vadis: Die soziale Eingliederung von Frauen?	16
5. Soziale Eingliederung und der Nationale Aktionsplan (NAP)	16
Quellenangaben	18

1. Zusammenfassung

Auf der ganzen Welt sind Frauen ärmer als Männer. Das gilt auch für Großbritannien sowie alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). In Großbritannien verdienen Frauen, die in Teilzeit arbeiten, 40 Prozent weniger als Männer. Die Renten von Frauen liegen 40 Prozent unter denen ihrer männlichen Gegenüber. Fast 17 Prozent der in den 27 EU-Staaten lebenden Frauen leben in Armut und Großbritannien hat nach Estland, Griechenland, Italien, Litauen, Spanien und Lettland die siebtgrößte Zahl von in Armut lebenden Frauen.¹ Diese Statistiken in einem so reichen und entwickelten Teil der Erde sind schockierend.

Oxfams Erfahrung mit der Arbeit im Ausland und seit 1996 auch in Großbritannien, hat uns einige der wirksamsten Strategien zur Bekämpfung von Frauenarmut gezeigt. Dazu gehören: in Armut lebenden Frauen die Möglichkeit zu geben, ihre Erfahrungen und Ansichten mit politischen Entscheidungsträgern zu teilen und dabei zu helfen, Lösungen für einige ihrer Probleme zu entwickeln; mit politischen Entscheidungsträgern und Leistungsanbietern zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass diese die spezifischen Bedürfnisse und Erfahrungen von Frauen besser verstehen; und politische Entscheidungsträger dabei zu unterstützen, bessere Richtlinien, politische Programme und öffentliche Leistungen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu entwickeln.

Basierend auf Erfahrungen in Großbritannien hat Oxfam mit Partnerorganisationen in Europa zusammengearbeitet, um GenderWorks, ein zweijähriges Projekt, das im Dezember 2007 begann und von der Europäischen Kommission finanziert wurde, durchzuführen. Ziel des Projekts ist es, das Leben von in Armut lebenden Frauen in der EU zu verbessern. Wir haben mit WAVE in Österreich, einem Netzwerk aus Frauenhäusern und Hilfsorganisationen für Migrantinnen und weibliche Flüchtlinge sowie Lamoro in Italien, einer lokalen Entwicklungsorganisation, dessen Schwerpunkt es ist, Frauen bei der Arbeitssuche zu unterstützen und die Arbeitsbedingungen von Frauen zu verbessern, zusammengearbeitet.

Während des gesamten Projekts hat GenderWorks die Erfahrungen armer Frauen untersucht, Wissen geteilt und Politikprozesse genutzt, um Veränderungen zu bewirken. Training war dabei eine der Schlüsselstrategien des Projekts. Dazu gehörten praktische Übungen für in Armut lebende Frauen, um ihnen dabei zu helfen, die Fähigkeiten und das Selbstvertrauen zu entwickeln, mit Entscheidungsträgern über ihre Probleme zu sprechen und Lösungen zu finden, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Dies schloss außerdem ein, lokale politische Entscheidungsträger und Leistungsanbieter in Großbritannien, Italien und Österreich weiterzubilden, um sicherzustellen, dass ihnen die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern bewusst sind und dass ihre Richtlinien und Leistungen diese berücksichtigen.

Dieses Dokument bildet den Abschluss der politischen Arbeit des GenderWorks Projekts. Es vereint das Wissen und die Erfahrungen aus Trainingsveranstaltungen, Politikseminaren und Praxisaustausch in allen drei teilnehmenden Ländern der vergangenen zwei Jahre sowie die Analyse von EU- und Mitgliedstaatspolitik und -praxis, einschließlich deren Nationaler Aktionspläne (NAPs), zur Bekämpfung von Armut.

Vor allem aber basiert dieses Dokument auf den Stimmen und Erfahrungen von zahlreichen in Armut lebenden Frauen sowie den Organisationen, die mit ihnen zusammenarbeiten. Sie alle haben in den letzten zwei Jahren ihre Geschichten, Anstrengungen und Kämpfe, Energie und Kreativität mit uns geteilt.

Diese Belege und Analysen wurden genutzt, um in sechs Schlüsselbereichen Empfehlungen auszusprechen. Diese richten sich an die Europäische Kommission, EU-Mitgliedstaaten sowie politische Entscheidungsträger und Leistungsanbieter, von denen jeder die Macht besitzt, im eigenen Bereich zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung aktiv zu werden.

Zusammenfassende Empfehlungen:

GenderWorks spricht die folgenden Empfehlungen zur Bekämpfung von Frauenarmut aus.

1. Frauen Mitspracherecht geben.

Politische Entscheidungsträger auf allen Ebenen sollten das Mitspracherecht von Frauen an der Basis in der Politikgestaltung fördern und unterstützen. Im Mittelpunkt von Politikanalysen der Mitgliedstaaten, Prioritätensetzung, Schlussfolgerungen und Empfehlungen sollte stehen, was in Armut lebende Frauen selbst zu sagen haben.

2. Erhebung und Nutzung der richtigen Daten.

Wir empfehlen, dass jeder Mitgliedstaat ein Kapitel zu Frauenarmut in seinen NAP einführt und seiner nationalen Gleichstellungsstelle die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, jährliche statistische Übersichten zu Gender und Armut zu erstellen.

3. Frauen die richtige Beschäftigung vermitteln.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik kann nur dann sozial integrativ sein, wenn sie in Armut lebenden Frauen maßgeschneiderte und flexible Unterstützung bietet, ihnen zuhört und die von den Frauen selbst geäußerten Bedürfnisse berücksichtigt. Politik muss eine ganzheitliche Sicht auf Frauen als potenzielle Arbeitnehmer nehmen, was auch ihre Fürsorge- und Familienverantwortung einschließt.

4. Verbesserung der Leistungen für marginalisierte Frauen.

Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass alle Frauen innerhalb der Grenzen ihres Landes eine menschenwürdige Behandlung erfahren, Zugang zu elementaren Leistungen haben und genügend finanzielle Unterstützung erhalten, um überleben zu können - unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrem Aufenthaltsstatus. Hilfsbedürftige Frauen, wie etwa diejenigen aus Minderheitengemeinschaften oder mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, benötigen zusätzliche Unterstützung.

5. Gewalt gegen Frauen in den Gesamtzusammenhang einbringen.

Gewalt gegen Frauen muss als ein Hauptauslöser für Armut und soziale Ausgrenzung von Frauen anerkannt werden. Öffentliche Dienste müssen Frauen, die häusliche Gewalt erfahren, besser unterstützen: Sie müssen angemessen ausgestattet sein, Mitarbeiter müssen so ausgebildet sein, dass sie genau die Fragen stellen, die häusliche Gewalt aufdecken, und durch konventionelle Leistungen, etwa in den Bereichen Gesundheitswesen, Beschäftigung, Wohnungswesen und Bildungswesen muss angemessene Unterstützung bereitgestellt werden. Die gefährdetsten

Frauen, einschließlich Migrantinnen und diejenigen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, müssen zusätzliche Unterstützung erhalten.

6. Zusammenhang von Frauen- und Kinderarmut

Kinderarmut und Frauenarmut können nicht getrennt voneinander betrachtet werden, da Frauen in jedem europäischen Land meist die Hauptbezugsperson sind. Der wirksamste Weg, Kinderarmut zu bekämpfen ist daher, das Niveau der sozialen Grundsicherung für alle Personen im arbeitsfähigen Alter, einschließlich Frauen, zu erhöhen - mit einer verstärkten sozialen Sicherung für die gefährdetsten Frauen, wie z. B. junge Frauen.

Wir schließen den Bericht ab mit einer Beschreibung des sozialen Eingliederungsprozesses der EU, auf den sich dieses Projekt bezieht und bewerten seine Entwicklung bezüglich der Bekämpfung von Frauenarmut und deren Benachteiligung.

2. Hintergrund des Projekts

GenderWorks ist ein zweijähriges Projekt (2007 - 2009), das von der Europäischen Kommission im Rahmen von PROGRESS, dem Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität der EU, finanziert wird. Ziel des Projekts war es, die Erfahrung von Frauen mit Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa zu untersuchen, das gewonnene Wissen mit Partnerorganisationen in verschiedenen Mitgliedstaaten zu teilen und politische Prozesse zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen zu nutzen. GenderWorks ist eine Partnerschaft aus Oxfam in Großbritannien, Women against Violence Europe (WAVE) in Österreich und Lamoro in Italien. Dieses abschließende Grundsatzpapier basiert auf den Erfahrungen, die während des Projekts in allen drei Ländern gesammelt wurden und spricht sowohl auf Landesebene als auch europaweit Handlungsempfehlungen aus, beruhend auf dem Wissen, das während des Projekts gewonnen wurde.

In Großbritannien

hat GenderWorks Trainingsveranstaltungen dazu durchgeführt, wie Frauen die Pflicht zur Gleichstellung von Männern und Frauen im öffentlichen Sektor (Gender Duty) nutzen können, um Institutionen des öffentlichen Sektors zur Verantwortung zu ziehen und somit sicherzustellen, dass öffentliche Leistungsträger die Bedürfnisse von Frauen besser erfüllen. GenderWorks hat die Trainingskurse *Policy to Practice* (Umsetzung von Politik in die Praxis) für öffentliche Einrichtungen durchgeführt, welche vermitteln, wie man auf die Bedürfnisse von mittellosen Frauen eingeht. Im Verlauf dieses Projekts wurden außerdem ein Praxishandbuch, eine DVD sowie Richtlinien für Lobbyarbeit zur Unterstützung von Frauengruppen herausgegeben. Diese Arbeit wurde auch von Untersuchungen, Politikanalysen und Lobbyarbeit begleitet.

In Österreich hat das Netzwerk Women against Violence Europe (WAVE) durch eine Vielzahl nationaler Expertentreffen Beispiele für bewährte Verfahrensweisen bei und Erkenntnisse zu Gewalt gegen Frauen und Armut zusammengetragen und geteilt. WAVE hat außerdem einen Bericht zum Problem Gewalt gegen Frauen herausgegeben sowie den Nationalen Aktionsplan Österreichs und dessen Umsetzung bezüglich Gender Mainstreaming, frauenspezifischen Problemen und Gewalt gegen Frauen beeinflusst. Als ein Netzwerk, das sowohl in West- als auch Osteuropa agiert, konnte es außerdem

bewährte Verfahrensweisen zum Zusammenhang von Gewalt gegen Frauen und deren Armut zusammentragen und weitergeben.

In Italien hat sich Lamoro auf die Analyse des italienischen Nationalen Aktionsplans 2008 konzentriert. Lamoro hat Trainingsseminare für zwei örtliche Gemeindeverwaltungen in der Region Piemont zum Thema Gender Budgeting (geschlechtsspezifische Haushaltsplanung) und Sozialplanung durchgeführt. Lamoro hat außerdem öffentliche Seminare für lokale Verwaltungsbeamte, die für die finanzielle Planung aller Gemeinden in der Region Asti verantwortlich sind, veranstaltet, um aufzuzeigen, wie die Lebensverhältnisse von in Armut lebenden Frauen durch bessere Politikplanung und die Nutzung des Staatsbudgets verbessert werden können.

3. Analyse und Empfehlungen zu wichtigen Politikbereichen

Die Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie die Förderung stärkerer sozialer Eingliederung ist seit dem Jahr 2000 eine wichtige politische Priorität der EU. Ziel ist es, bis zum Jahr 2010 Fortschritte in diesem Bereich zu erzielen. Im Jahr 2006 wurde der Aspekt Gender als eine Dimension zum sozialen Eingliederungsprozess hinzugefügt, was durch den *Fahrplan* zur Gleichstellung der Geschlechter der Europäischen Kommission unterstützt wurde.²

3.1 Hintergrund: EU-Politik zu Frauenarmut

Menschen leben dann in Armut, wenn ihr Einkommen und ihre Mittel so unzureichend sind, dass sie den Lebensstandard, der in ihrer Gesellschaft als vertretbar angesehen wird, nicht erreichen. Möglicherweise erfahren sie durch Erwerbslosigkeit, geringes Einkommen, schlechte Wohnbedingungen, unangemessene Gesundheitsversorgung und fehlenden Zugang zu Leistungen eine Vielzahl von Nachteilen.³

In den vergangenen zwei Jahren hat GenderWorks als Teil des Programms PROGRESS der Europäischen Kommission betrachtet, wie Mitgliedstaaten auf die EU-Agenda zur sozialen Eingliederung reagieren. Wir haben gefragt: Inwieweit erfüllen Politik und Praxis der Mitgliedstaaten die von der EU festgelegten Vorgaben und Zielsetzungen und in welchem Maße erfüllen sie die Erwartungen zur Verringerung von Frauenarmut und sozialer Ausgrenzung? Dieser Prozess schloss die Analyse des Nationalen Aktionsplans zur sozialen Eingliederung in Italien, Österreich und Großbritannien ein. Des Weiteren wurden Untersuchungen weiterer nationaler Richtlinien und Praktiken sowie Gespräche mit in Armut lebenden Frauen und den Gruppen, die diese unterstützen, einbezogen. Weitere Informationen dazu finden Sie im letzten Kapitel.

Belege zeigen deutlich, dass die EU-Agenda zur sozialen Eingliederung zwar ein Rahmenkonzept für nationales Handeln zur Bekämpfung von Armut in den Mitgliedstaaten bietet, die meisten Mitgliedstaaten jedoch keine ausreichenden Fortschritte darin erzielen, Frauenarmut anzugehen. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die gefährdetsten und am stärksten marginalisierten Frauen. Untenstehend werden basierend auf diesen Belegen sowie den Erfahrungen und Ansichten von in Armut lebenden Frauen Empfehlungen dazu ausgesprochen, wie Mitgliedstaaten ihre Politik zur sozialen Eingliederung in jedem der sechs Schlüsselbereiche verbessern können.

3.2 In Armut lebenden Frauen Mitspracherecht geben

Das GenderWorks Projekt wurde unter Anwendung von Oxfams Methode zur internationalen Entwicklung gestaltet, die unserer Meinung nach zur Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung entscheidend ist. Dazu gehören sowohl die Verwendung einer rechtsbasierten Herangehensweise als auch die Betonung der Notwendigkeit der Beteiligung von mittellosen, marginalisierten Menschen (in diesem Fall Frauen) an der Gestaltung und Durchführung von Projekten.

Partner von GenderWorks und andere, wie etwa die Sozialplattform europäischer Organisationen gegen Armut, haben die Notwendigkeit deutlich gemacht, dass politische Entscheidungsträger sich anhaltend bemühen müssen, den Stimmen von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, Gehör zu schenken. Dies ist nötig, um herauszufinden, was diese Menschen selbst als die entscheidenden Hürden zur Bekämpfung der ihnen begegnenden Hindernisse bezeichnen und um sicherzustellen, dass sie an der Lösungsgestaltung beteiligt sind. Zu den Frauen, die die stärkste Ausgrenzung erfahren, gehören Migrantinnen, Frauen mit Behinderungen, ältere Frauen und all diejenigen, die Gewalt überlebt haben.

Sicherzustellen, dass politische Entscheidungsträger den Stimmen von armen und ausgegrenzten Frauen Beachtung schenken, hat mehrere Dimensionen. In Armut lebende Frauen benötigen zusätzliche Unterstützung dabei zu erkennen, dass sie selbst die Experten für soziale Eingliederung sind und auch dabei, ihre Kompetenz als etwas Wertvolles wahrzunehmen. Sie brauchen außerdem Hilfe dabei, das Wesen von Politikprozessen zu verstehen - einschließlich dessen, wo ihre Beiträge in „geladenen Räumen“⁴ wertvoll sind und wo nicht. Politische Entscheidungsträger sollten auf diese Bedürfnisse eingehen, indem sie Beratungsprozesse gestalten, die Frauen in Armut einen Raum geben, in dem sie sich aufgehoben und selbstsicher fühlen, anstatt sie zu Beratungen einzuladen, für die es eine vorgefertigte Agenda gibt oder bei denen ihnen bereits getroffene Entscheidungen präsentiert werden.

Auch Frauengruppen und ausgegrenzte Frauen selbst brauchen Unterstützung zur Erschaffung ihrer eigenen Räume, in die sie politische Entscheidungsträger zum Zuhören und Lernen einladen können. Viele in Armut lebende Frauen benötigen praktische Hilfe, etwa bei der Kinderbetreuung und bezüglich Transportmöglichkeiten, um an Treffen und Diskussionen teilnehmen zu können. Lokale Behörden müssen Frauengruppen ausreichende Förderung bereitstellen, um die ständige Beteiligung von Frauen zu ermöglichen.

Politikanalyse, Prioritätensetzung, Schlussfolgerungen und Empfehlungen müssen davon bestimmt sein, was politische Entscheidungsträger von in Armut lebenden Frauen selbst erfahren. Dies schließt die Empfehlungen aus diesem Projekt sowie die Erfahrung von in Armut lebenden Frauen, die in anderen Foren mitgeteilt werden, ein.

Bewährte Verfahrensweisen zur Beteiligung in Großbritannien und Österreich

- Das britische Ministerium für Arbeit und Renten hat mit seinem Projekt *Get Heard* (Sich Gehör verschaffen) als Teil des letzten Nationalen Aktionsplans eine partizipatorische Herangehensweise gestaltet.⁵ Dazu gehörte die Organisation von Treffen in ganz Großbritannien, bei denen arme und marginalisierte Menschen direkt mit politischen Entscheidungsträgern über ihre Erfahrungen gesprochen haben. Es ist belegt, dass dies positive Auswirkungen auf die Formulierung des endgültigen Plans hatte.
- WAVE in Österreich hat ebenfalls die Beteiligung ausgegrenzter Frauen gestaltet. Eine starke Zusammenarbeit zwischen Frauenorganisationen und relevanten Institutionen (z. B. Polizei, Jugendfürsorge, Gesundheitswesen, Wohnungswesen, lokale und nationale Regierung) ist das Ergebnis beharrlicher Arbeit von WAVE und seinen Bündnispartnern, um sicherzustellen, dass Frauen und Kinder, die häusliche Gewalt erfahren haben, die besten Leistungen erhalten.
- Das GenderWorks Training *Making the Gender Duty Work (Umsetzung der Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter) in Großbritannien hat mittellosen Frauen in vier verschiedenen Städten dabei geholfen, ihr Mitspracherecht und ihre Erfahrungen schätzen zu lernen. Anschließende Beratungen haben es einigen der Teilnehmerinnen ermöglicht, mit Leistungsanbietern in den Bereichen Bildung, Berufsausbildung und Wohnungswesen zusammenzuarbeiten - unter Anwendung der britischen Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Sektor (Public Sector Gender Duty) als politischem Hebel zur Verbesserung von öffentlichen Leistungen für Frauen.*

3.2.1 In Armut lebende Frauen treten für Veränderung ein

Zusätzlich dazu sicherzustellen, dass politische Entscheidungsträger den Ansichten und Erfahrungen von in Armut lebenden Frauen Gehör schenken und entsprechend handeln, muss „Beteiligung“ außerdem heißen, arme Frauen zu befähigen, Lobbyarbeit zu betreiben und mit politischen Entscheidungsträgern und Leistungsanbietern zusammenzuarbeiten - um so Richtlinien und Leistungen zu erreichen, die besser auf ihre Bedürfnisse abgestimmt sind.

Eine wichtige Erkenntnis aus dem GenderWorks Projekt ist, dass obwohl Lobbyarbeit zur Bekämpfung von Frauenarmut auf nationaler Ebene unerlässlich ist, diese Lobbyarbeit auf nationaler Ebene allein nicht ausreicht, um Veränderungen zu erreichen. Während es zwar möglicherweise eine nationale Gesetzgebung zum Schutz gefährdeter Frauen gibt, könnte dies in der Praxis bedeuten, dass diese Gesetzgebung bei der Bereitstellung von Leistungen auf lokaler Ebene nicht angemessen umgesetzt wird. Ohne Handeln auf beiden Ebenen besteht jedoch das Risiko, dass die Bekämpfung der Ausgrenzung von Frauen rein kosmetisch ist und von Entscheidungsträgern nur dazu genutzt wird, Engagement bezüglich Eingliederung zu demonstrieren, während diese in der Praxis nicht umgesetzt wird.

Basierend auf den Beispielen für Lobbyarbeit, die während des GenderWorks Projekts entwickelt und

besprochen wurden, kennen wir auch die Schwierigkeiten und Hürden, denen Frauen, die Lobbyarbeit betreiben, begegnen. Daher ist uns auch bekannt, wie lange es mitunter dauern kann, Veränderungen zu erreichen. Unsere Erfahrungen aus dem GenderWorks Projekt haben gezeigt, dass, wie engagiert die Frauen bei der Lobbyarbeit auch sein mögen, Basisfrauengruppen möglicherweise nicht die notwendigen Ressourcen, Kapazitäten oder das nötige Selbstvertrauen haben, um Veränderungen zu erreichen. Der Grund dafür ist, dass es ihr Hauptanliegen ist, Frauen in akuter Not zu helfen und Lobbyarbeit nur an zweiter Stelle steht. Daher ist der beste Weg sicherzustellen, dass nationale Regierungen die Stimmen von Frauengruppen wahrnehmen, diese Gruppen in Räume einzuladen, in denen sie selbst die Agenda festlegen können.

Die folgenden Beispiele zeigen, wie Frauengruppen in Großbritannien, die im Rahmen des GenderWorks Projekts an Trainingsveranstaltungen teilgenommen haben, die nationale Gesetzgebung erfolgreich dazu genutzt haben, praktische Veränderungen bei der Bereitstellung von Leistungen zu erreichen. Die im Jahr 2007 eingeführte Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter verpflichtet alle Leistungsanbieter im öffentlichen Sektor dazu sicherzustellen, dass Richtlinien und Leistungen die Bedürfnisse sowohl von Frauen als auch Männern erfüllen. Sie bietet Frauengruppen außerdem ein ausgezeichnetes Werkzeug, um für Veränderungen einzutreten.

Fallbeispiel 1: Schutz von Asylbewerberinnen

Women Asylum Seekers Together (WAST) ist eine von ehrenamtlichen HelferInnen geleitete Gruppe in Manchester, die Asylbewerberinnen Unterstützung bietet und Lobbyarbeit bezüglich der Probleme asylsuchender Frauen betreibt. WAST hat am GenderWorks Training Making the Gender Duty Work teilgenommen und hat zwei Frauen dabei unterstützt, weitere Schulungen zum Thema Menschenrechte zu besuchen. Daraufhin war eine von ihnen in der Lage, die Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter dazu zu nutzen, den britischen Justizminister zum Thema Asylbewerberinnen aus Simbabwe sowie zur Wartezeit auf eine Entscheidung bezüglich ihres eigenen Asylbewerberantrags zu befragen.

WAST hat sich außerdem mit dem Gleichstellungsbeauftragten des Stadtrats von Manchester getroffen, um im Namen von Frauen, die aufgrund fehlenden Zugangs zu staatlichen Fördermitteln verarmt sind, Lobbyarbeit zu betreiben. Die Gruppe präsentierte Belege ihrer eigenen Nachforschungen zu der Zahl der Frauen, die Leistungen nutzen oder aufgrund ihres Einwanderungsstatus' von Diensten zurückgewiesen werden. WAST ist nun in Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsbeauftragten des Stadtrats von Manchester auch Teil der externen Aufsichtsbehörde, welche die Prüfung und Überwachung des Programms zur Gleichstellung der Geschlechter für Manchester unterstützt.

Die nationale Organisation Asylum Aid nutzt die Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter um sicherzustellen, dass Frauen, die ein Asylbewerbersgespräch besuchen müssen, Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt wird, damit diese offen über ihre Erfahrungen sprechen können. Die Organisation hat bei der britischen Gleichstellungs- und Menschenrechtskommission Beschwerde eingereicht, da

das Zuwanderungssystem die Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter in dieser Hinsicht nicht erfüllt.

GenderWorks hat außerdem ein Treffen lokaler und nationaler Gruppen, einschließlich Asylum Aid, WAST und anderen, die sich Problemen von Asylbewerberinnen widmen, veranstaltet. Ziel dieses Treffens war es, zu besprechen, wie mit der Lobbyarbeit fortgefahren werden soll - folglich die Verknüpfung von Lobbyarbeit auf nationaler Ebene mit lokalen Erfahrungen und Belegen sowie das Aufbauen von Kapazitäten und des Selbstvertrauens der ortsansässigen Frauen im Laufe dieses Prozesses.

Empfehlungen: in Armut lebenden Frauen Mitspracherecht geben

- Politische Entscheidungsträger sollten anhaltende Anstrengungen unternehmen, den Stimmen von mittellosen Frauen Gehör zu schenken. Frauen, die von Armut betroffen sind, sind Experten darin, was Armut wirklich bedeutet und ihr Mitspracherecht ist ein zentrales Kriterium zur Armutsbekämpfung und sozialen Eingliederung.
- In Armut lebende Frauen benötigen zusätzliche Unterstützung, um zu erkennen, wie öffentliche Politikgestaltung funktioniert, einschließlich eines Verständnisses dafür, wo ihr Beitrag wertvoll ist und wo nicht. „Erschaffene Räume“⁶ sind dabei entscheidend, da noch keine Agenda festgelegt wurde und mittellose Frauen sich in dieser Umgebung aufgehoben und selbstsicher fühlen können.
- Basisfrauenorganisationen fehlen oft die nötigen Mittel, Kapazitäten oder das erforderliche Selbstvertrauen, Veränderungen anzustoßen. Gemeinsames Handeln mit anderen stellt sicher, dass ihre Bemühungen größere Wirkung haben. Lobbyarbeit - sowohl auf nationaler als auch lokaler Ebene - ist nötig, um nationale Gesetzgebung oder Politik vor Ort in die Tat umzusetzen.
- Die Politikanalyse der Mitgliedstaaten, Prioritätensetzung, Schlussfolgerungen und Empfehlungen müssen durch das, was arme Frauen durch GenderWorks sowie ähnliche Projekte zur sozialen Eingliederung von Frauen selbst sagen, angetrieben werden.

3.3 Erhebung und Nutzung genderdifferenzierter Daten

Die Europäische Kommission hat Berichte der Nationalen Aktionspläne aller EU-Länder für deren Versagen dahingehend kritisiert, den Aspekt Gender systematisch einzubinden. Diese Kritik bezieht sich auch auf das Versagen der Mitgliedstaaten, die Bedeutung genderdifferenzierter Daten anzuerkennen und diese zur Politikgestaltung zu nutzen. GenderWorks Partner bestätigen, dass dies auf die Nationalen Aktionspläne aller Länder für das Jahr 2008 zutrifft.

Während es in einigen Mitgliedstaaten seit den späten 1990er Jahren insgesamt einen Anstieg genderdifferenzierter Daten gibt, bestehen im Zusammenhang mit der Nutzung dieser Daten weiterhin eine Reihe von Problemen. Doch das Problem ist nicht mehr das Fehlen genderdifferenzierter Daten. Esther Breitenbach merkte in der Überprüfung zur Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts (Gender Audit) in Schottland für das Jahr 2007⁷ an, dass „sich die Bereitstellung von genderdifferenzierten Statistiken

zu einer Reihe von Themen seit 1999 stark verbessert hat ... ermöglicht durch Entwicklungen im Bereich Informationstechnologie."

Um zu ermitteln, warum für Frauen ein größeres Risiko sozialer Ausgrenzung besteht, sind mehrere Schritte notwendig. Das Sammeln von Daten, um eine Ausgangslage zur Situation von Frauen und Männern in Bereichen wie Beschäftigung, Zugang zu Unterstützungsleistungen, Bildung und Gesundheit zu erhalten, ist der erste Schritt. Den zweiten Schritt bildet das Sammeln differenzierter Daten, während die Analyse der Daten den dritten Schritt bildet. Es bedeutet also, über das Sammeln und Kommentieren hinauszugehen, um zu analysieren, warum es Frauen und Männern jeweils besser oder schlechter geht. Der letzte Schritt ist dann, basierend auf der Gender-Analyse, Politikvorschläge vorzubringen und diese umzusetzen.

Während genderdifferenzierte Daten nun leichter zugänglich sind, ist es mit hohen Kosten verbunden, Analysen solcher Daten zu erstellen und zu veröffentlichen, und sie sind außerdem oft zu detailliert und schwer zugänglich für Nicht-Statistiker. Dies bedeutet, dass Institutionen des öffentlichen Sektors, die diese Analysen erstellen, möglicherweise deren Kosteneffektivität in Frage stellen. Beispielsweise hat die britische Regierung im Jahr 2006 die Veröffentlichung des Jahresberichts *Individual Incomes of Men and Women (Individuelle Einkommen von Männern und Frauen)* eingestellt. Eine Diskussion zu geschlechtsspezifischen Statistiken während des Internationalen Praxisaustauschs von GenderWorks in Glasgow im Juni 2009 zeigte eine Reihe von Problemen auf. Wenn Frauenorganisationen nicht in der Lage sind, derartige Daten zu nutzen, um Probleme zu erkennen und bei öffentlichen Institutionen Lobbyarbeit zu betreiben, um diese anzugehen, so reicht die reine Existenz der Daten nicht aus. Zu den Hürden, die Frauenorganisationen daran hindern, derartige Daten zu nutzen, gehört ihre fehlende technische Kompetenz im Umgang mit statistischen Daten sowie ihr Mangel an Kapazitäten und Ressourcen, diese selbst zu analysieren bzw. andere dazu zu beauftragen.

Ein weiteres Problem ist, dass die Aufdeckung der wirklichen Lage von Frauen in Bezug auf soziale Ausgrenzung in statistischen Datensammlungen möglicherweise gar nicht erscheint. Das von uns hier aufgezeigte Hauptproblem ist, dass, wenn Frauen nicht Teil des Arbeitsmarkts sind, ihr Gehalt - oder das Fehlen desselben - nicht erscheint. Der Grund dafür ist, dass die meisten Daten zum Erhalt von Unterstützungsleistungen (in Großbritannien) nur zu Haushalten, nicht jedoch zu den einzelnen Personen in diesen Haushalten, verfügbar sind. Dies bedeutet, dass die Form der sozialen Ausgrenzung, die Frauen erfahren, schwer nachzuweisen ist. Es gab eine Reihe wissenschaftlicher Forschungsarbeiten im kleinen Maßstab, die zeigen, dass die zugrunde liegende Annahme statistischer Sammlungen, d.h. dass Ressourcen innerhalb eines Haushalts gleichmäßig verteilt werden, falsch ist und dass das eigentliche Einkommen von Frauen möglicherweise viel geringer ausfällt als angenommen.

Ein Beispiel dafür, wie schwierig die Erhebung und Nutzung genderdifferenzierter Daten auf lokaler Ebene ist, zeigt eine von Oxfam in Auftrag gegebene Untersuchung dazu, ob und wie die Ziele des Local Area Agreements (LAA) die unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen erkannt haben.⁹ Diese Untersuchung wurde von

Frauenorganisationen und der Local Strategic Partnership (Partnerschaft zur Zusammenarbeit von Vertretern des freiwilligen, staatlichen und privaten Sektors auf lokaler Ebene zur besseren Bereitstellung von Leistungen) in zwei Regionen durchgeführt: Thurrock in Essex und Sunderland in Nordostengland. Die Untersuchung deckte auf, dass die gesammelten Daten über Mangel und Bedürfnisse in den Kernbereichen der Bereitstellung öffentlicher Leistungen (Beschäftigung, Bildung, Sicherheit und Gesundheit) nicht geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselt waren. Das schottische Netzwerk von Frauenorganisationen, Engender, hat in Schottland eine vergleichbare Untersuchung eines Single Outcome Agreements (schottisches Äquivalent zum Local Area Agreement) durchgeführt und kam zu einem ähnlichen Ergebnis.⁹ Der aufgedeckte Mangel an Daten verdeutlicht die Schwierigkeiten von Frauenorganisationen, die versuchen, derartige Daten zu erheben. Dieser Mangel verdeutlicht auch die Probleme lokaler Behörden, zu verstehen, warum geschlechtsspezifische Unterschiede für ein Verständnis von und eine Antwort auf Armut wichtig sind. Dieses fehlende Verständnis bedeutet, dass sie nur langsam auf die bestehenden Bedürfnisse eingehen können, selbst dann, wenn Daten möglicherweise verfügbar sind.

Für Frauenorganisationen ist es äußerst schwierig - selbst wenn sie dieses Problem erkennen - bestehende Modelle zur Datenerhebung in Frage zu stellen und alternative Modelle erfolgreich zu verteidigen. Während Gender Budgeting-Gruppen in ganz Europa die Datenerhebung und -analyse sowie Haushaltsgestaltung weiterhin kritisieren, so bleibt die Erstellung und Analyse von Daten sowie das Handeln basierend auf diesen Daten, die die beständige soziale Ausgrenzung von Frauen hervorheben, die Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten. Diese sollten sich zum Ziel setzen, ihre Verantwortung effektiv zu erfüllen.

Die Erkenntnisse von GenderWorks belegen, dass die Sammlung und Analyse genderdifferenzierter Daten - und deren Nutzung bei der Gender-Analyse - in Großbritannien und in ganz Europa eine wesentliche Herausforderung bleibt. Während die Kommission den Weg bereitet hat, genderdifferenzierte Daten in europaweiten Vergleichen verfügbar zu machen und die regelmäßige Analyse durch ihr Netzwerk unabhängiger Experten im Bereich Gender sichergestellt hat, besteht immer noch eine große Diskrepanz zwischen dem, was Mitgliedstaaten tun könnten und dem, was sie tatsächlich tun.

Empfehlungen: Erhebung und Nutzung genderdifferenzierter Daten

- Jeder Mitgliedstaat sollte nicht nur ein Kapitel zu Frauenarmut und sozialer Eingliederung in seinen Nationalen Aktionsplan einführen, sondern sollte außerdem seine nationale Gleichstellungsstelle finanziell fördern, damit diese eine jährliche Informationsübersicht zu Problemen in Bezug auf Frauenarmut erstellt.
- Regierungen der Mitgliedstaaten sollten zur Überprüfung der Genauigkeit und Relevanz offizieller Angaben Informationen von mittellosen Frauen selbst einholen.
- Unabhängig davon, welche Daten erhältlich sind und wie auch immer diese verwendet werden, sollte es eine systematische Gender-Analyse in allen Politikbereichen der Mitgliedstaaten geben.

3.4 Wirtschaftliche Ausgrenzung von Frauen

Eine geschlechtsspezifische wirtschaftliche Gleichstellung - d.h. wie gut oder wie schlecht Ressourcen zwischen Männern und Frauen aufgeteilt werden - ist genauso wichtig zur Bestimmung von Armut und Ausgrenzung von Frauen wie das Gesamtniveau der Ressourcen. Jedoch bleibt das Niveau wirtschaftlicher Ungleichheit in ganz Europa trotz seines großen Reichtums sehr hoch. Das Weltwirtschaftsforum hat betont, dass - bis auf die nordischen Länder - die Staaten Europas nicht unter den Top Ten vertreten sind, wenn es darum geht, wie gut Länder ihre Ressourcen und Chancen zwischen ihrer männlichen und weiblichen Bevölkerung verteilen.

Großbritannien gerät vor allem für seine große Diskrepanz zwischen den Lebenschancen von Jungen und Mädchen in die Kritik, die im Vergleich zu einigen armen afrikanischen Ländern nachteilig sind, ebenso wie seine Position auf Platz 78 bezüglich der Lohngleichstellung - hinter Ägypten, Malawi und Malaysia.¹⁰ Mitgliedstaaten sollten den untergrabenden Auswirkungen von Ungleichheit - zusätzlich zur Messung von Armut - mehr Beachtung schenken.

Die wirtschaftliche Ausgrenzung von Frauen in Europa wird nicht anerkannt und bleibt somit unsichtbar. Der Lage der am stärksten marginalisierten Frauen wird zwar eine gewisse Beachtung geschenkt, allerdings nur theoretisch und nicht in der Realität. Die anhaltende strukturelle Benachteiligung von Frauen wird jedoch fälschlicherweise als eine Erscheinung der Vergangenheit betrachtet.

Die Unsichtbarkeit der wirtschaftlichen Benachteiligung von Frauen kann teilweise durch die Art, wie Armut gemessen wird, erklärt werden. Zur Messung von Armut werden in den meisten europäischen Ländern Maßstäbe angesetzt, die sich am Haushaltseinkommen und nicht am individuellen Einkommen orientieren. Außerdem finden die Messungen als statistische Momentaufnahmen zu einem bestimmten Zeitpunkt (oft während einer Krise) anstatt über einen längeren Zeitraum hinweg statt. Dies stellt für die Messung von Frauenarmut ein Problem dar, da diese im Verlauf ihres Lebens variiert. In aktuellen Messungen von Beschäftigung und Armut sind diese Schwankungen nicht sichtbar.

Erkenntnisse des GenderWorks Projekts belegen, dass die Bekämpfung der wirtschaftlichen Ausgrenzung von Frauen eine Kombination verschiedener Ansätze erfordert, einschließlich mehr Vermögen, bessere Arbeit und Bildung und einer besseren sozialen Sicherung. Die Gesamtheit dieser Aspekte verhindert, dass Frauen in kritischen Lebensphasen in die Armut abrutschen. Vor allem aber muss Politik zu Beschäftigung und sozialer Sicherung äußerst flexibel sein und schnell auf die sich ändernden Lebensumstände von Frauen reagieren.

Empfehlungen: Bekämpfung sozialer Ausgrenzung von Frauen

- Größere Sichtbarkeit wirtschaftlicher Ausgrenzung von Frauen sollte durch Instrumente wie Folgenabschätzungen, mehr Betonung auf Mechanismen zur sozialen Sicherung von Individuen statt Haushalten sowie die Nutzung einer individuellen Lebensperspektive zusätzlich zu Momentaufnahmen des Haushalts-/Familieneinkommens erreicht werden.

3.5 Frauen die richtige Beschäftigung vermitteln

Innerhalb der EU hat sich die Beschäftigungsquote von Frauen erheblich verbessert. Die politischen Richtlinien „Making work pay“ (Arbeit muss sich lohnen) haben sich für viele Frauen bewährt, obwohl einige Länder - wie etwa Italien - immer noch weit von den Zielvorgaben entfernt sind. Es bestehen jedoch beträchtliche Schwierigkeiten bezüglich des Stellenwerts und der Qualität der Beschäftigung, welche von den Mitgliedstaaten weitgehend unbeachtet bleiben. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle bleibt in allen Ländern ein anhaltendes Problem und in ganz Europa gibt es immer noch Millionen Frauen - die meisten davon in Teilzeitbeschäftigung - für die sich Arbeit nicht auszahlt. Diesen Frauen wird kein ausreichender Lohn gezahlt oder sie können es sich nicht leisten, für die Pflege von Angehörigen aufzukommen oder aber sie besitzen keine Verhandlungsmacht, um schlechte Arbeitsbedingungen und geringe Lohnsätze zu ändern.

Das Einkommen von Frauen aus Erwerbstätigkeit ist an verschiedenen Punkten ihres Lebens unterschiedlich. Statistiken zeigen, dass das Einkommen von Frauen einbricht, wenn sie Kinder haben, da sie dann mit größerer Wahrscheinlichkeit eine Teilzeitbeschäftigung oder schlechter bezahlte Beschäftigung annehmen. Dies mag sich vielleicht verbessern, wenn ihre Kinder im schulpflichtigen Alter sind, doch dann gehören sie möglicherweise zur so genannten „Sandwich-Generation“, die sowohl ihre Kinder als auch ihre Eltern versorgen muss, was bedeutet, dass sie wieder nicht Teil des Arbeitsmarktes sind oder schlecht bezahlte Teilzeitstellen annehmen. In einigen Mitgliedstaaten wurde die Finanzpolitik verbessert, um die unbezahlte Pflege Tätigkeit von Frauen anzuerkennen. In Großbritannien beispielsweise wurden Leistungszuschläge zu den Sozialversicherungsbeiträgen für die Erbringung von Pflegeleistungen gewährt. Es ist jedoch weiterhin so, dass viele ältere Frauen tiefer in die Armut abrutschen, wenn sie von einer kleinen oder nicht vorhandenen Rente leben müssen. Da sie sich nicht durchgängig in bezahlter Beschäftigung befanden, haben sie nicht die notwendigen Beiträge eingezahlt, um eine volle Rente zu erhalten - im Gegensatz zu Männern, die ohne Unterbrechung beschäftigt waren.

Die meisten Frauen mit Pflegeverantwortung stellen Berechnungen dahingehend an, ob sich die wirtschaftlichen und sozialen Kosten für die Suche nach und Aufrechterhaltung von Beschäftigung wirklich lohnen. Daher, und aus Sorge um die Stabilität und Sicherheit ihrer Familien, entscheiden sich viele dazu, weiterhin von Sozialleistungen zu leben. Dies trifft besonders auf Alleinerziehende zu, die oft das Gefühl haben, dass Erwerbsarbeit ohne Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Pflegeverantwortung einfach nicht haltbar ist.

Eine geschlechtsspezifische Perspektive auf Erwerbstätigkeit, die die Zeitarbeit von Frauen und deren Pflegeverantwortung berücksichtigt, ist daher unerlässlich. Alleinerziehende (und andere Eltern) sollten nicht mit „Konditionalitätspolitik“ überredet oder gezwungen werden, ungeeignete oder untragbare Beschäftigung anzunehmen. Soziale Beziehungen, Transportmöglichkeiten und der Standort der Kinderbetreuung sollten berücksichtigt werden, um sicherzustellen, dass die Beschäftigung für die Frauen geeignet ist.

Regierungen haben mit Unterstützung von Seiten der EU einen größeren Schwerpunkt auf die Erlangung und Erhöhung der für Erwerbsarbeit notwendigen Fähigkeiten gelegt. Die angebotene berufliche oder auf Basisfähigkeiten bezogene Ausbildung hilft Frauen jedoch nicht unbedingt dabei, schlecht bezahlter, gering qualifizierter Arbeit zu entkommen, in der so viele arme Frauen - vor allem Alleinerziehende - gefangen sind. Für Sally, eine alleinerziehende Mutter, die für GenderWorks bloggt, ist es ein verwirrender Kampf, weg von Sozialhilfe hin zu Erwerbsarbeit zu gelangen, der schwierige Entscheidungen bezüglich Beschäftigung einschließt, welche mit ihrer familiären Verantwortung vereinbart werden muss.¹¹

Die zu geringe Nutzung der Fähigkeiten von Frauen bringt auch für die Wirtschaft erhebliche Kosten mit sich: Die britische Kommission für Frauen und Arbeit fand heraus, dass die Kosten für die britische Wirtschaft für die unzureichende Nutzung der Fähigkeiten von Frauen £15 - 23 Mrd. betragen.¹² Die finanzielle Unterstützung von sowohl erwerbstätigen als auch erwerbslosen Frauen sollte erhöht werden, um ihre Fähigkeiten und Qualifikationen zu verbessern. Außerdem sollte die Beziehung zwischen Sozialleistungen und Bildung überdacht werden, um damit die Geschlechter-Kluft bei den Fähigkeiten zu schließen und die Produktivität zu erhöhen. Dies sollte die finanzielle Unterstützung von Frauen beinhalten, die nach der Geburt ihrer Kinder wieder in den Arbeitsmarkt eintreten und ihnen so die Möglichkeit bietet, Vollzeitkurse zu belegen, welche wiederum zu besseren Qualifikationen und langfristig zu besserer Bezahlung führen - statt kurzfristiger Weiterbildungsprogramme, als Teil der vorgeschriebenen Anforderungen zur Rückkehr auf den Arbeitsmarkt.

Es bestehen zusätzliche konzeptuelle Schwierigkeiten dahingehend, wie Beschäftigungsquoten bestimmt und gemessen werden. Die Vorgaben zur Beschäftigungsquote beziehen sich auf Einzelpersonen, wohingegen sich die Armutsanalyse oft auf Haushalte und Familien konzentriert. Dies kann die unterschiedliche Lage von Frauen und Männern, Alleinerziehenden und Paaren verschleiern und entzieht der geschlechtsspezifischen Beschaffenheit des Arbeitsmarktes die Aufmerksamkeit.

3.5.1 Das Fehlen angemessener Kinderbetreuung - das größte Hindernis für Berufstätigkeit

Während die Kosten für formale Kinderbetreuung und die Nutzung informeller Kinderbetreuung von Land zu Land variieren, bleibt die Bezahlbarkeit und Verfügbarkeit von Kinderbetreuung das größte Problem im Hinblick auf die Beschäftigung von Frauen. Sie wird von armen Frauen in vielen Ländern immer wieder als ihre größte Hürde dafür genannt, Arbeit zu finden und zu behalten.

Während Länder wie Großbritannien und Österreich bezüglich Kinderbetreuung auf die Zielsetzungen von Barcelona¹³ hinarbeiten, bleibt die Bereitstellung lokaler, bezahlbarer, hochwertiger Kinderbetreuung ein weit entferntes Ziel. Beamte und Entscheidungsträger in Nordeuropa verstehen immer noch nicht, dass das Fehlen bezahlbarer Kinderbetreuung die größte Hürde für Frauenerwerbstätigkeit ist. In Süd- und Osteuropa ist die öffentliche Bereitstellung von Kinderbetreuung noch weniger entwickelt und in einigen Ländern wird der Bedarf von Frauen an Kinderbetreuung, um in den Arbeitsmarkt eintreten zu können, weiterhin nicht anerkannt.

Wenn den bestehenden Möglichkeiten zur Teilung der Opportunitätskosten für Kinderbetreuung (und der Betreuung anderer) keine größere Priorität beigemessen wird, so werden die Ziele der Regierung bezüglich Beschäftigungsfähigkeit und sozialer Mobilität durch eine anhaltende Abwärtsmobilität von Frauen aufgrund von Kindererziehung untergraben. Die Bereitstellung hochwertiger, kulturell feinfühligere, kostenloser oder bezahlbarer Kinderbetreuung ist nicht nur für das Wohlbefinden des Kindes unerlässlich, sondern auch dafür, die Vorgaben der Mitgliedstaaten zur Erwerbstätigkeit von Frauen zu erreichen. Auch der Wertschätzung von Pflegeverantwortung im weiteren Sinne, einschließlich der Pflege von Eltern, Verwandten oder kranken Familienmitglieder, die so oft von Frauen getragen wird, sollte größere Beachtung geschenkt werden.

Empfehlungen: Frauen die richtige Beschäftigung vermitteln

- Aktive Arbeitsmarktpolitik kann nur dann sozial inklusiv sein, wenn sie mittellosen Frauen maßgeschneiderte und flexible Unterstützung bietet, diesen Frauen zuhört und bei ihrer Gestaltung einbezieht, was Frauen selbst als ihre Bedürfnisse benennen. Politik muss eine ganzheitliche Sicht auf Frauen als potentielle Arbeitnehmer richten, was auch die Pflege- und Familienverantwortung berücksichtigt.
- Alleinerziehende (oder andere Eltern) sollten nicht dazu überredet werden, ungeeignete Arbeit anzunehmen. Politische Entscheidungsträger müssen den Übergang, den Frauen auf dem Weg von der Sozialhilfe zur Arbeit durchlaufen, planen. Die Verfügbarkeit von Transportmöglichkeiten und der Standort der Kinderbetreuung können oft bestimmen, ob Frauen in der Lage sind, diesen Übergang zu vollziehen.
- Kostenlose oder subventionierte Kinderbetreuung sollte bereitgestellt werden, um es Frauen zu ermöglichen, Arbeit und Weiterbildung aufzunehmen. Außerdem sollte für alle Personen mit Pflegeverantwortung größere finanzielle Unterstützung bereitgestellt werden, damit Frauen durch ihre Pflegeverantwortung nicht verarmen.
- Die politische Abschätzung des finanziellen Vermögens von Frauen sollte die Hindernisse, denen diese beim Aufbau solchen Vermögens begegnen, betrachten und außerdem untersuchen, wie äußerst flexible Richtlinien dessen Wachstum über das gesamte Leben hinweg fördern könnten.

3.6 Hochwertige Leistungen: die Rolle sozialer Sicherung

Belege aus EU-weiten Expertenberichten im Bereich Gender machen unmissverständlich deutlich, dass Sozialleistungen und Sozialversicherungspolitik Frauen dabei geholfen haben, sozialer Ausgrenzung zu entfliehen. Sie machen aber auch deutlich, dass Regierungen dies nur in unzureichendem Maße anerkennen oder verstehen, da sie keine geschlechtsspezifische Folgenabschätzung durchführen. Es gibt jedoch einige Ausnahmen. In Großbritannien beispielsweise deutet die Planung von Steuergutschriften für Familien mit geringem Einkommen darauf hin, dass die Politik geschlechtsspezifische Unterschiede bezüglich des Bedarfs sozialer Sicherung berücksichtigt. Jedoch „bedeutet die Konzentration auf Haushalte als eine

Gesamtheit, dass die unterschiedlichen Chancen und Lebensverläufe von Frauen und Männern innerhalb eines geschlechtsspezifisch getrennten Arbeitsmarkts für gewöhnlich ignoriert werden“.¹⁴

In einigen Mitgliedstaaten wird soziale Sicherung als lebenslanger sozialer Schutz von Einzelpersonen angesehen. In anderen Ländern richten sich Sozialversicherungsleistungen und Steuergutschriften vorwiegend an die Bedürfnisse von Haushalten in einer besonderen Krisensituation. Dies kann die Entwicklung von an Frauen gerichtete Politik behindern, da Frauenarmut innerhalb der Haushalte versteckt bleibt und die Höhen und Tiefen der Einkommensarmut von Frauen und ihr Bedarf an Unterstützung nicht über ihr gesamtes Leben hinweg gemessen werden. Sozialversicherungssysteme müssen so gestaltet sein, dass sie auf die unterschiedlichen Lebensphasen und -übergänge von Frauen eingehen und sicherstellen, dass diese sie lebenslang vor Armut schützen.

3.6.1 Verbesserung der Leistungen für in Armut lebende Frauen

Während es wichtig ist, einen größeren Schwerpunkt auf das Festlegen und Überprüfen von Zielvorgaben (wie

etwa Public Service Agreements (Zielvereinbarungen aller Regierungsministerien) und LAAs) zur Verbesserung der Qualität öffentlicher Leistungen zu richten, so ist die Sicherstellung, dass diese Leistungen die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern beachten, noch weit davon entfernt, Routine zu sein. Das beständige Versagen dies zu erreichen, beispielsweise in den Bereichen Beschäftigung, Transport und Wohnungswesen, hat zu einer andauernden und hartnäckigen Barriere für hochwertige Leistungen für Frauen geführt. Diese Erkenntnis wurde von TeilnehmerInnen der GenderWorks Trainingsveranstaltung bestätigt. Das Versagen, die Bedeutung geschlechtsspezifischer Unterschiede anzuerkennen, ist oftmals das Ergebnis mangelnden Bewusstseins lokaler Beamter im öffentlichen Dienst dafür, wie Leistungen Männer und Frauen auf unterschiedliche Weise betreffen sowie fehlendes Verständnis dafür, wie Chancengleichheit in der Praxis erreicht werden kann.

Das folgende Fallbeispiel aus Italien veranschaulicht, wie eine Form der Gender-Analyse (Gender Budgeting) dazu genutzt werden kann, die Gleichstellung der Geschlechter in der örtlichen Verwaltung von Leistungen zu verbessern.

Fallbeispiel 2: Familienmediationsdienst in Vercelli, Italien

Verbesserungen des Familienmediationsdienstes in Vercelli haben dazu geführt, dass öffentliche Leistungen die Bedürfnisse von Frauen und Männern erfolgreich erfüllen.

Familienmediation wurde in Italien in den letzten Jahren als eine Methode entwickelt, verheirateten Paaren zu helfen, die sich für eine Trennung oder Scheidung entschieden haben, jedoch bezüglich finanzieller und anderer Regelungen nicht zu einer einvernehmlichen Lösung kommen können. Frauen sind in Italien zum größten Teil vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und dafür verantwortlich, ihren Familien gegenüber unbezahlte Leistungen zu erbringen. Ihre wirtschaftliche Abhängigkeit bedeutet, dass Maßnahmen zur Unterstützung einer gerechten Einigung zwischen den sich trennenden Partnern vor allem zur Verhinderung von Frauenarmut und deren sozialer Ausgrenzung von erheblicher Bedeutung sind.

Der Familienmediationsdienst in Vercelli wurde ins Leben gerufen, nachdem Lamoro ein Training für vor Ort tätige Verwaltungsbeamte durchgeführt hat, um zu zeigen, dass Gender Budgeting ein nützliches Mittel zur Verringerung von Problemen für Paare und Kinder nach einer Trennung sein kann. Gender Budgeting kann zeigen, dass nicht-

finanzielle Leistungen (wie etwa Verantwortung für Pflege oder Hausarbeit), welche in der Scheidungs- oder Trennungvereinbarung eine gerechte Verteilung der Mittel sicherstellen, in Berechnungen einbezogen werden können.

Nach dem Training wurden die folgenden Vereinbarungen in den lokalen Plan aufgenommen: stärkere direkte Einbeziehung der Familien in die Planungsphasen des Familienmediationsdienstes; Sozialarbeiter müssen speziell im Bereich Gender-Analyse ausgebildet werden; die Kontroll- und Bewertungsgruppe des Projekts muss Zielfamilien sowie die Bestimmung konkreter und messbarer Indikatoren zur Bewertung der Folgen des Projekts für alle Familienmitglieder einschließen.

Wir zeigen nun zwei weitere Beispiele aus Großbritannien und Italien, die den Wert von Trainingsveranstaltungen und der Bewusstseinsklärung bei der Darstellung dessen, wie Politik dafür genutzt werden kann, Ausgrenzung für Männer und Frauen auf unterschiedliche Art zu bekämpfen, verdeutlichen. Das erste Beispiel zeigt, wie der Aspekt Gender in Kinderarmutspolitik auf lokaler Ebene einbezogen wird. Das zweite Beispiel verdeutlicht, wie Gender Mainstreaming in Italien in den lokalen Planungsprozess integriert werden kann.

Fallbeispiel 3: Einführung des Gender-Aspekts in öffentliche Leistungen in Leeds

Eines der GenderWorks Trainings *Policy to Practice* fand in Leeds statt und wurde vom Leeds Equality Network (LEN - Gleichstellernetzwerk Leeds) geleitet. Dieses Netzwerk setzt sich aus Vertretern der Hauptanbieter öffentlicher Leistungen, einschließlich Gesundheits- und Bildungswesen, zusammen.

Das Netzwerk entschied sich, sich auf geschlechtsspezifische Probleme im Bereich Kinderarmut zu konzentrieren, da dies eine der entscheidenden Prioritäten der Regierung ist und in Zielvorgaben sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene zum Ausdruck gebracht wird. LEN entschied sich, die Zielvorgabe bezüglich Kinderarmut in drei Bereiche aufzugliedern, welche als deren Hauptursachen angesehen werden - Arbeitslosigkeit von Erwachsenen; junge Menschen, die sich nicht in Ausbildung, Beschäftigung oder Weiterbildung befinden sowie Teenagerschwangerschaften. Ein Training zur genderbasierten Folgenabschätzung für Mitarbeiter des LEN, die in jedem dieser Bereiche arbeiten, untersuchte, welche geschlechtsspezifischen Annahmen gemacht wurden; welche geschlechtsspezifischen Daten verfügbar waren; welche Analysen durchgeführt wurden sowie welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um sicherzustellen, dass eine geschlechtsspezifische und armutsbezogene

Perspektive in die Betrachtung des Problems Kinderarmut einbezogen wird.

Beispielsweise wurden während Diskussionen über die Durchführung einer genderbasierten Folgenabschätzung bezüglich der Vorgehensweise bei Teenagerschwangerschaften eine Reihe verwandter Bereiche besprochen, die die Geschlechterunterschiede hervorhoben: z. B. wie Jungen und Mädchen die Leistung der frei zur Verfügung gestellten Kondome auf unterschiedliche Art nutzten; wie dies dadurch beeinflusst werden könnte, wer in diesem Dienst arbeitet; wie deren Bewusstsein für geschlechtsbezogene Aspekte aussieht und von wo aus der Dienst bereitgestellt wurde. Der Ausschuss für Teenagerschwangerschaften wird diese Arbeit Anfang des Jahres 2010 weiterentwickeln.

Die nächsten Schritte in diesem Gesamtprozess sind ein im Dezember stattfindender LEN-Workshop zu den Ergebnissen der drei Gruppen sowie eine Diskussion der Arbeitsgruppe Kinderarmut im Februar 2010. Was auch immer das Ergebnis dieses Prozesses sein wird, die Leitung im Stadtrat von Leeds sieht dies als einen großen Fortschritt dafür an, das Bewusstsein der Mitarbeiter dahingehend zu schärfen, welche Rolle Gender beim Verständnis und zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung spielt.

Fallbeispiel 4: Anbieter öffentlicher Leistungen darin weiterbilden, die Bedürfnisse von Frauen zu erfüllen, Italien

Lamoro hat mit Verwaltungsbeamten in Vercelli und Casale Monferrato (Region Piemont, Norditalien) eine Trainingsveranstaltung durchgeführt, um ihnen dabei zu helfen, lokale Dienste, die die Bedürfnisse von Frauen effektiver erfüllen, zu planen und bereitzustellen.

Die lokalen „Zonenpläne“ zur Bereitstellung von Leistungen in der Region haben lokale Dienstleistungen für Kinder, Erwachsene, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen aufgezeichnet. Sie schlossen jedoch keine Gender-Analyse ein, die die Unterschiede im Zugang zu Leistungen und deren Effektivität in der Erfüllung der Bedürfnisse aufzeigten. Ein Zonenplan ist das Hauptinstrument für die Bereitstellung von Leistungen für ausgegrenzte Frauen. Es ist daher entscheidend, dass dieser die Bedürfnisse von Frauen widerspiegelt und erfüllt.

Das Training war daher so gestaltet, den Verwaltungsbeamten dabei zu helfen, geschlechtsspezifische Probleme zu erkennen und diese Informationen zur Planung von Leistungen im

neuen Zonenplan zu nutzen. Zuerst betrachtete man eine Reihe von Methoden und Instrumenten, die zur Integration von geschlechtsspezifischen Aspekten sowie von Vielfalt in der Sozialplanung geeignet sind. Die zielorientierte Projektplanung (ZOPP) wurde als die beste Vorgehensweise ausgewählt. Die TeilnehmerInnen wurden dann darin geschult, ZOPP anzuwenden und man fuhr damit fort, diese Herangehensweise zu nutzen, um eine Reihe von Politikempfehlungen für den nächsten Zonenplan vorzubereiten.

Lamoros Erfahrung zeigt, wie das Zusammenführen lokaler Verwaltungsbeamter mit Budgethaltern und die Anwendung einer bewährten und erprobten Methode, basierend auf Erfahrungen in der internationalen Entwicklungsarbeit, einen Impuls zum Überdenken der Leistungsbereitstellung für Frauen bieten kann. Man hofft, dass die nächsten Zonenpläne in Vercelli und Monferrato eine bessere Ausrichtung von Ressourcen zeigen werden, um sicherzustellen, dass Leistungen die Bedürfnisse der am stärksten marginalisierten Frauen (Alleinerziehende, Migrantinnen, Frauen mit Behinderung und ältere Frauen) erfüllen werden - basierend auf einem echten Verständnis der Rollen und Verantwortlichkeiten dieser Frauen.

3.6.2 Hochwertige Leistungen für marginalisierte Frauen

Leistungen haben sich für viele verbessert, doch es gibt Gruppen von Frauen, die weit zurück bleiben und immer noch nicht die benötigten Leistungen erhalten. Dazu gehören Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, Frauen, die als illegale Einwanderer angesehen werden sowie Frauen, die einer ethnischen Minderheit angehören und Migrantinnen, die Rassismus begegnen.

Während sich westeuropäische Standards sozialer Sicherung sowie die Anerkennung der Rechte derjenigen, die die Betreuung durch öffentliche Dienste benötigen

schrittweise verbessern, so trifft dies nicht auf Frauen (oder Männer) zu, die, aus einer Reihe von Gründen, als illegale Bürger angesehen werden. Da sich Europa in einer Rezession und finanziellen Krise befindet, ist der Bedarf, die gefährdetsten Frauen - welche möglicherweise durch das Netz der öffentlichen Dienste fallen und als Ergebnis Not und Armut erleben - zu schützen, größer als je zuvor. GenderWorks ruft daher die Mitgliedstaaten dazu auf, allen armen und gefährdeten Frauen innerhalb ihrer Landesgrenzen angemessene Leistungen und Unterstützung zur Verfügung zu stellen - unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Frauengruppen in Großbritannien, Italien und Österreich haben über die Erfahrungen von Migrantinnen und weiblichen Flüchtlingen berichtet und kommen zu dem Ergebnis, dass Leistungen für diese Frauen - selbst diejenigen mit gesichertem Aufenthaltsstatus - besondere Aufmerksamkeit benötigen. Dazu zählt Unterstützung beim Erlernen der Sprache ihres neuen Landes, subventionierte Unterkunft und Hilfe beim Umgang mit Problemen, die durch langwierige Qualifikationsverfahren für Sozialleistungen entstehen.

Für Frauen, die einer ethnischen Minderheit angehören - ob sie bereits in einem der Mitgliedstaaten leben oder eine neue Migrantin oder ein neuer weiblicher Flüchtling sind - besteht beim Zugang zu öffentlichen Leistungen die zusätzliche Hürde des direkten und indirekten Rassismus.

Direkter Rassismus kann in Form einer qualitativ schlechten Behandlung durch öffentliche Dienste auftreten. Indirekter Rassismus kann durch die Art und Weise entstehen, wie Dienste organisiert und bereitgestellt werden und wo diese nicht auf die Bedürfnisse von Frauen, die einer ethnischen Minderheit angehören, zugeschnitten sind. Beispielsweise setzt die Politik zum Zusammenhalt der Gemeinschaft in Großbritannien einen Schwerpunkt auf glaubensbasierte Konzepte und übt damit zusätzlichen Druck auf Frauen aus, die bereits das Gefühl haben, sie müssten sich an die kulturellen Normen ihrer Gemeinschaft anpassen. Der GenderWorks Partner Southall Black Sisters, eine spezielle Einrichtung zur Unterstützung von Frauen, die einer schwarzen oder ethnischen Minderheit angehören und häusliche Gewalt erfahren, berichtete, dass dies auf bereits gefährdete Frauen zusätzlichen Druck ausübt, bei ihren gewalttätigen Partnern zu bleiben. Es halte sie außerdem davon ab, Unterstützung bei säkularen konventionellen Diensten zu suchen.

GenderWorks Partner teilten ihre Erfahrungen zum Thema, wie die am stärksten marginalisierten Frauen von der Qualität der erhaltenen Leistungen betroffen sind. In Großbritannien erhielt das Projekt Belege dafür, wie in Armut lebende Frauen unpassende Leistungen oder Leistungen von schlechter Qualität erhalten. Dies regte in den Trainingsveranstaltungen *Policy to Practice* außerdem eine kritische geschlechtsbezogene Analyse unter den Anbietern gesetzlich vorgeschriebener Leistungen an. In Österreich hat WAVE durch seine sachkundigen Seminare und Kontakte zu Frauenorganisationen, die mit Leistungsanbietern zusammenarbeiten, Lobbyarbeit zur Bereitstellung von Leistungen für Frauen, die häusliche Gewalt erfahren, betrieben. Die Expertengruppe von WAVE hat Lücken im Sozialsystem (Gesundheitswesen, Bildung und Sozialleistungen) - vor allem für Migrantinnen - aufgezeigt. In Italien hat Lamoro ein Training mit lokalen Fachangestellten zur Untersuchung lokaler Zonenpläne durchgeführt, um sicherzustellen, dass Leistungen auf die Bedürfnisse der am stärksten marginalisierten Frauen zugeschnitten sind (siehe das obenstehende Fallbeispiel 3).

3.6.3 Leistungsanbieter zur Verantwortung ziehen

Die EU-Richtlinie von 2004, die Geschlechterdiskriminierung bei der Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen untersagt, war ein großer Schritt nach vorn und eine Reihe von Mitgliedstaaten haben auf deren Grundlage gehandelt. In Großbritannien wurde beispielsweise die Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter eingeführt. Mechanismen, die sicherstellen,

dass EU-Recht und EU-Politik in die Praxis umgesetzt werden, wurden bisher jedoch nicht notwendigerweise durchgesetzt.

Trotz der Richtlinie von 2004 besteht ein anhaltender Bedarf, Lobbyarbeit bezüglich des Rechts auf angemessene Unterkunft, Sozial-, Gesundheits- und Beschäftigungsleistungen zu betreiben, um sicherzustellen, dass Sozialstandards erfüllt werden und es umfassenden Zugang zu bezahlbaren, hochwertigen Leistungen gibt. Dies ist besonders vor dem Hintergrund wichtig, dass viele Mitgliedstaaten derzeit diese Dienste im Namen größerer Kosteneffizienz ausgliedern - vom öffentlichen in den privaten Sektor. Die Erfahrung von Organisationen, die sich gegen Armut einsetzen zeigt, dass es schwierig ist, mit armen Menschen, deren Probleme komplex und langfristig sind, Gewinn zu machen.

Die Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter sollte ein Instrument sein, welches sicherstellt, dass öffentliche Dienste die Bedürfnisse von mittellosen Frauen in Großbritannien erfüllen. GenderWorks machte jedoch die Erfahrung, dass ihre Wirkung nicht einheitlich war. Einige Frauengruppen berichteten, dass sie die Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter als ein wirksames Mittel dazu nutzen konnten, Leistungen zu verbessern, beispielsweise, indem sie erfolgreich Lobbyarbeit betrieben um sicherzustellen, dass Frauen bei Asylbewerbungsgesprächen Zugang zu Kinderbetreuung hatten, so dass sie ohne ihre Kinder im Raum von ihren Erfahrungen mit Verfolgung berichten konnten (siehe Fallbeispiel 1). Andere Gruppen haben jedoch berichtet, dass die Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter dazu benutzt wurde, unsinnige - und kontraproduktive - Kürzungsmaßnahmen zu rechtfertigen. Es stellte sich beispielsweise heraus, dass lokale Dienste die Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter als einen Vorwand dafür benutzten, fachspezifische Leistungen zur Unterstützung von Frauen, die einer ethnischen Minderheit angehören, mit konventionellen Diensten für alle Frauen zusammenzulegen (siehe unten). Andere benutzten die Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter um durchzusetzen, dass Frauenorganisationen auch Männern Unterstützung bei häuslicher Gewalt bieten. Dies hat bei Frauenorganisationen verständlicherweise Angst und Besorgnis um die Sicherheit ihrer Leistungsnutzerinnen ausgelöst. Diese Politik scheint das Ergebnis eines fehlenden Bewusstseins für die Risiken auf Seiten der Planer und Bereitsteller öffentlicher Dienste zu sein. Durch Trainingsmaßnahmen für Anbieter öffentlicher Dienste kann so etwas bekämpft werden.

3.6.4 Die Bedeutung von Leistungen speziell für Frauen sowie fachspezifische Leistungen

Ein erhebliches Problem für die soziale Eingliederung von Frauen ist die mangelnde Bereitschaft von Leistungsanbietern, den Wert von Bereichen speziell für Frauen sowie nach Geschlecht getrennte Bereiche dafür zu erkennen, das fehlende Selbstvertrauen und die fehlende Kapazität von sozial ausgegrenzten Frauen aufzubauen. Dies trifft vor allem auf Frauen mit ungesichertem oder ungeklärtem Aufenthaltsstatus sowie auf die Migrantinnen und asylsuchende Frauen zu, die aufgrund ihres Geschlechts zusätzliche Formen von Belästigung und Misshandlung erfahren. Unsere Analyse zeigt, dass dies zum Teil ein Missverständnis bei

Leistungsanbietern dahingehend ist, wie Gleichstellung erreicht wird. Sie gehen von der Auffassung aus, dass es ausreicht, wenn Leistungen als gleich zugänglich ausgewiesen werden. Häufiger ist es jedoch die fehlende Anerkennung des Werts von Leistungen speziell für Frauen.

Beispielsweise wurden viele fachspezifische Dienste für Frauen, die einer ethnischen Minderheit angehören, geschlossen oder ihnen wurde die finanzielle Förderung gekürzt, wenn sie sich nicht mit konventionellen Diensten zusammenschließen und/oder Leistungen sowohl für Frauen als auch Männer anbieten. Der erfolgreiche Fall von Southall Black Sisters gegen den Gemeinderat von Ealing, der versuchte, seine Förderung auf dieser Grundlage zurückzuziehen, ist ein wichtiger Präzedenzfall. GenderWorks liegen jedoch Belege dafür vor, dass es für Frauenorganisationen für Frauen, die einer ethnischen Minderheit angehören, schwierig ist, die nötigen Kapazitäten und das erforderliche Selbstvertrauen aufzubringen, sich einer ähnlichen Herausforderung zu stellen. Kommunen, wie etwa Manchester, fahren mit der Schließung fachspezifischer Dienste fort - selbst dann, wenn ausreichende Belege für deren Bedeutung dahingehend vorliegen, die Kluft zwischen dem häuslichen Leben und der öffentlichen Welt von Berufstätigkeit und Ausbildung für gefährdete Frauen zu überwinden.

Frauen, die an GenderWorks Trainingsveranstaltungen teilgenommen haben, haben den Wert von Diensten speziell für Frauen betont. Beispielsweise hat „Tea in the Pot“ in Glasgow ihre Bedeutung für die seelische und körperliche Gesundheit von Frauen belegt, indem sie ihnen einen sicheren Ort ohne Druck bereitstellen.¹⁵ GenderWorks empfiehlt die Aufnahme und Wiederaufnahme von Bereichen speziell für Frauen, um sie dabei zu unterstützen und ihnen das nötige Selbstvertrauen zu geben, in den Arbeitsmarkt einzutreten, ihrer Ausbildung nachzugehen und dadurch das Selbstvertrauen aufzubauen, sich am öffentlichen Leben und der Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Empfehlungen: hochwertigere Leistungen für ausgegrenzte Frauen

- Bereiche speziell für Frauen sind ein wesentlicher erster Schritt auf einem langen Weg in Richtung ihrer vollständigen Eingliederung in Gesellschaft und Wirtschaft und stellen den Beginn dieser Reise dar.
- Wir empfehlen die Aufnahme von Bereichen speziell für Frauen, um ihnen das nötige Selbstvertrauen zu geben, in den Arbeitsmarkt einzutreten, ihrer Ausbildung nachzugehen und sich am öffentlichen Leben zu beteiligen.
- Wir rufen alle Mitgliedstaaten dazu auf, die grundlegenden Menschenrechte aller Frauen zu respektieren und zu schützen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Wir rufen sie dazu auf, Schritte zu unternehmen, marginalisierte Frauen auf ihre Rechte aufmerksam zu machen und sicherzustellen, dass Leistungsanbieter diese respektieren.

3.7. Gewalt gegen Frauen bekämpfen

Mindestens ein Viertel aller Frauen in ganz Europa sind an einem Punkt in ihrem Leben von häuslicher Gewalt betroffen, was bei vielen zu Armut und sozialer Ausgrenzung führt.

Gewalt hat sowohl innerhalb des Haushalts als auch im

öffentlichen Leben Auswirkungen auf Frauenarmut. Zu Hause führt Gewalt durch den Partner möglicherweise zu einem ungleichen Zugriff auf und Kontrolle über das Familieneinkommen und die Ersparnisse. Dies kann letztlich eine Bedrohung für die Möglichkeit einer Frau sein, ihr Leben im Haushalt der Familie zu führen. Im öffentlichen Leben bedeutet häusliche Gewalt, dass Frauen oft nicht in der Lage sind, ihre Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft auszuüben: Frauen sind möglicherweise nicht in der Lage, eine Ausbildung oder Beschäftigung aufzunehmen oder aufrechtzuerhalten. Dies führt wiederum zu einer Verminderung ihres Einkommens (unmittelbar und lebenslang) und ihrer Zukunftschancen. Insgesamt schafft häusliche Gewalt einen Teufelskreis aus erhöhter Verletzbarkeit und sozialer Ausgrenzung. Dies gestaltet es für Frauen schwierig, die Kontrolle über ihr Leben zu behalten und dem Teufelskreis zu entkommen.

Häusliche Gewalt führt für die Mitgliedstaaten sowohl zu wirtschaftlichen als auch zu sozialen Kosten. Sylvia Walby hat berechnet, dass sich die durch Gewalt entstandenen Kosten in Großbritannien¹⁶ (hinsichtlich der aufgewendeten Zeit von Polizei und Gerichten, Sozialleistungen usw.) auf £23 Mrd. jährlich belaufen: £6 Mrd. direkte Kosten für die Wirtschaft und £17 Mrd. humane und emotionale Kosten. Ein von New Philanthropy Capital herausgegebener Bericht fand heraus, dass Gewalt gegen Frauen allein in England und Wales die Gesellschaft jährlich £40 Mrd. kostet.¹⁷ Die Kosten für öffentliche Leistungen - und somit für Regierungen anderer Mitgliedstaaten Europas - wurden in den letzten Jahren in anderen zuverlässigen Untersuchungen berechnet, welche von feministischen Wissenschaftlerinnen, die diese versteckten Kosten sichtbar machen wollten, initiiert wurden.¹⁸

Einige Mitgliedstaaten haben Fortschritte gemacht, Strategien bei häuslicher Gewalt zu entwickeln und umzusetzen. In Großbritannien ist die Verminderung von häuslicher Gewalt nun allgemein eine Zielsetzung des von lokalen Behörden festgelegten Local Area Agreements. Österreich hat für Frauen, die häusliche Gewalt erfahren, auf nationaler Ebene eine Mindestzahlung zur sozialen Sicherung eingeführt. In einigen Ländern wurden Gesetze zum Schutz von Frauen verbessert und die Zusammenarbeit verschiedener Behörden zur Behandlung von Fällen häuslicher Gewalt ist nun weiter verbreitet. Die politischen Entscheidungsträger der meisten Mitgliedstaaten erkennen das Ausmaß des Problems sowie den Zusammenhang zwischen häuslicher Gewalt und Frauenarmut jedoch immer noch nicht an.

Körperliche und sexuelle Gewalt werden als ein Schutz- und Sicherheitsproblem anerkannt, doch die Bekämpfung von durch Gewalt verursachter Armut wird von den Mitgliedstaaten auch weiterhin nicht als Teil ihrer Politik gegen Armut und für soziale Eingliederung anerkannt - und dies trotz der Bemühungen von Frauenorganisationen in jedem Land Europas. WAVEs Grundsatzpapier verdeutlicht detailliert den Zusammenhang zwischen Gewalt und Armut in Österreich:¹⁹ die grundlegenden Fakten sind in jedem EU-Land gleich.

3.7.1 Wie Leistungsanbieter ihre Dienste verbessern könnten

Das Versagen der Leistungsanbieter, die gefährdetsten Frauen zu schützen, trifft vor allem auf die am stärksten marginalisierten Gruppen zu - Migrantinnen und Frauen mit

ungesichertem Aufenthaltsstatus. Diese Frauen haben ein erhöhtes Risiko für häusliche Gewalt, da die Haushalte, in denen sie leben, oder ihre individuellen Lebensgrundlagen möglicherweise prekär sind. Und trotzdem bleiben sie weitgehend außerhalb des sozialen Sicherungssystems - mit geringen Informationen über ihre Bedürfnisse oder Anspruchsberechtigung. Viele rutschen letztlich in die Armut ab. Dieses Problem wird hervorgehoben in WAVES Antwort auf den Nationalen Aktionsplan in Österreich, in den Bedenken zur Lage von Frauen, die keinen Zugriff auf öffentliche Gelder haben in Großbritannien, und in den Bedenken zu Rassismus gegenüber Migrantinnen sowie zu fehlenden nationalen öffentlichen Mitteln für Frauenhäuser für Migrantinnen, die Gewalt erfahren in Italien (Belege von Casa della Donna).

Leistungsanbieter - selbst in Österreich, das erwiesenermaßen erhebliche Bemühungen unternimmt, Frauen, die häusliche Gewalt erfahren, hochwertige Leistungen bereitzustellen - bleiben unzureichend ausgestattet, um Anzeichen häuslicher Gewalt zu erkennen. Sie versagen außerdem darin, die Auswirkungen von Gewalt auf die Fähigkeit von Frauen, in den Arbeitsmarkt einzutreten oder auf ihre Bedürfnisse bezüglich sozialen Schutzes, zu erkennen. Die Bereitstellung lokaler Leistungen in Großbritannien bleibt - obwohl sie sich in einigen Bereichen verbessert - vielerorts uneinheitlich und nicht akzeptabel. Dies wurde in der Map of Gaps (Übersichtskarte, die das Angebot spezieller Dienste für Frauen, die Gewalt erfahren haben, aufzeigt), welche von dem britischen Zusammenschluss End Violence against Women und der Kommission für Gleichheit und Menschenrechte produziert wird, verdeutlicht: jede vierte lokale Behörde bietet in ihrer Region keine speziellen Unterstützungsleistungen für Frauen, die Gewalt erfahren, an. Die Trainingsveranstaltung und das Engagement von GenderWorks Partnern in Großbritannien, Italien und Österreich haben die Lücken im Verständnis, der Beschaffung und Bereitstellung von Mitteln für sichere und angemessene Dienste durch Leistungsanbieter verdeutlicht.

Die von GenderWorks in allen drei Ländern gemachte Erfahrung ist, dass Politik und deren Umsetzung in die Praxis bezüglich der Themen Armut und soziale Eingliederung sowie häusliche Gewalt weit auseinander liegen. Die Erfahrung der Frauenbewegung ist, dass radikale Änderungen wie diese viel Zeit und erhebliche Befürwortung brauchen. Frauenorganisationen, die bezüglich Gewalt Lobbyarbeit betreiben, können dem Anliegen, die Meinung derjenigen, die im Sektor gegen Armut tätig sind, zu ändern, nur geringe Ressourcen und wenig Zeit widmen. WAVE hat jedoch bezüglich dieses Problems mit dem österreichischen Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zusammengearbeitet und hat durch seine speziellen Seminare dieses Problem erfolgreich auf die Agenda zur sozialen Eingliederung gesetzt. Frauenhäuser, die unmittelbaren Schutz und Unterstützung bereitstellen, bleiben der wichtigste Antwortmechanismus darauf, Gewalt als Auslöser für das Abrutschen von Frauen in die Armut vorzubeugen.

Der Wert von Frauenhäusern zur Verhinderung von Gewalt und Armut

Frauen, die einer gewalttätigen Beziehung entkommen, haben ein sehr hohes Risiko, in die Armut abzurutschen. Der Verlust der Unterkunft, gesundheitliche Probleme, Traumatisierung, Verlust der Aufenthaltsgenehmigung und als Folgedavon, Verlust von Arbeitsstelle und

Sozialhilfeleistungen sind nur einige Beispiele für Armutsfallen, mit denen Frauen, die Gewalt überlebt haben, und ihre Kinder konfrontiert sind.

Frauen, die einen gewalttätigen Partner verlassen, können sich gezwungen sehen, auf der Straße zu leben, da sie möglicherweise ihr Zuhause verlieren. Frauenhäuser bieten ihnen und ihren Kindern einen sicheren Ort. Neben der Bereitstellung eines sicheren Ortes helfen Frauenhäuser den Frauen auch dabei, eine bezahlbare Unterkunft zu finden und verhindern, dass diese zwangsweise aus ihrer Wohnung vertrieben werden, wenn sie die Miete nicht bezahlen können. In Wien beispielsweise arbeiten Frauenhäuser eng mit sozialen Wohnungsprogrammen zusammen. Unter dem Übergangswohnungsprogramm können Frauen für ein Jahr zu bezahlbaren Mieten wohnen.

Frauen müssen ihr Selbstvertrauen und ihre Entschlossenheit wieder aufbauen, um aus der Falle aus Armut und Gewalt auszubrechen, und Frauenhäuser bieten die dafür nötige Beratung und Unterstützung an. Sie bieten den Frauen Rechtsbeistand und -beratung, um Änderungen bezüglich Wohnsitz, Arbeitserlaubnis und Arbeitsrecht zu verhandeln. Das bedeutet, dass sie ihre Arbeit selbst dann behalten können, wenn sie Opfer von Gewalt werden. Sie unterstützen Frauen bei der Sicherstellung ihres Auskommens, beraten sie bezüglich ihrer Rechte und helfen ihnen dabei, Sozialhilfe zu beantragen, Zugang zu Unterkunft zu erhalten und, wo möglich, sie bei den täglichen Kosten zu unterstützen. Sie bieten außerdem eine Schuldenberatung an und unterstützen Frauen dabei, Arbeit oder Weiterbildungen zu finden und Qualifikationen zu erlangen.

Zusammengefasst sind Frauenhäuser eine unerlässliche Einrichtung, um Frauen, die Gewalt erfahren haben, vor dem Abrutschen in die Armut zu bewahren.

Empfehlungen: Gewalt gegen Frauen bekämpfen

- Anbieter von öffentlichen Leistungen sind oft unzureichend ausgestattet, um Frauen die nötige Unterstützung zukommen zu lassen, damit diese Armut und sozialer Ausgrenzung entfliehen können. Sie müssen mit den geeigneten Ressourcen ausgestattet sein; Mitarbeiter müssen darin ausgebildet sein, die Fragen zu stellen, die das Vorkommen häuslicher Gewalt aufdecken und in konventionellen Diensten in Bereichen wie etwa Gesundheit, Beschäftigung, Wohnungswesen und Bildung muss angemessene Unterstützung bereitgestellt werden.
- Internationale Standards²⁰ müssen als Maßstab angewandt werden, um Leistungsanbieter zu befähigen, die zum Schutz von Frauen, die häusliche Gewalt erfahren, notwendigen Mindeststandards zu verstehen und so ihre Leistungen mit diesen abgleichen zu können. Die Standards wurden von europäischen Institutionen übernommen,²¹ doch es fehlt bis heute eine einheitliche Umsetzung innerhalb der Mitgliedstaaten. Diese Standards sollten in Europa auf breiterer Ebene als ein Weg angewandt werden, Armut zu bekämpfen und eine bessere soziale Eingliederung von Frauen zu erreichen.

3.8 Frauen- und Kinderarmut: die Zusammenhänge

Jedes fünfte Kind in der EU lebt unterhalb der Armutsgrenze und in den meisten Ländern sind Kinder im Vergleich zum Rest der Bevölkerung einem größeren Armutsrisiko ausgesetzt. Kinderarmut wird bei der sozialen Eingliederung

eine hohe Priorität beigemessen. Alle Länder sehen sich der Herausforderung gegenüber, Kinderarmut zu beseitigen. Die Ursachen in allen Ländern sind erwerbslose Eltern (Arbeitslosigkeit oder wirtschaftliche Inaktivität), Eltern, die arbeiten, aber in Jobs, die nicht genug Geld zum Leben erwirtschaften (Armut trotz Arbeit) sowie unzureichende Unterstützungsleistungen (d.h. Sozialhilfe und Steuergutschriften) für Familien.²² Dies trifft vor allem auf Familien mit mehreren sowie mit behinderten Kindern zu.

Länder mit großzügigeren sozialen Sicherungssystemen (Österreich, Luxemburg, Frankreich und Dänemark) bieten den Großteil ihrer Unterstützung in Form von nicht-einkommensbezogenen, d.h. allgemeinen Sozialleistungen an. Andere Länder, wie etwa Großbritannien, nutzen eine Mischung aus zielorientierten Maßnahmen, wie etwa Steuergutschriften für Kinder in Beziehung zum Einkommen und allgemeine Sozialleistungen für Kinder. Italien hat derzeit kein nationales System zur Zahlung von Arbeitslosenunterstützung, obwohl es in einigen Kommunen eingeschränkte soziale Schutzmechanismen gibt.

Das Wohlergehen eines Kindes ist eng mit dem Wohlergehen seiner Hauptbetreuungspersonen verbunden und diese sind normalerweise Frauen. Tatsächlich sind Frauen meist die vorwiegenden „Stoßdämpfer“ für Familienarmut - sie wenden eine Reihe von Strategien an, um Kinder und Familienmitglieder vor Armut zu schützen. Dazu können gehören: sich selbst „ganz hinten anzustellen“, unsichere oder würdelose Arbeit anzunehmen, um das Familieneinkommen aufzubessern, zusätzliche Kredite aufzunehmen und sich mehr anzustrengen, mit weniger Geld auszukommen (z. B. beim Einkaufen das günstigste Angebot zu finden oder ohne eine Waschmaschine auszukommen, wenn sie sich die Reparatur nicht leisten können).

Die britische Women's Budget Group hat die Aufmerksamkeit auf das Versagen der Regierung gerichtet, den Zusammenhang zwischen Frauen- und Kinderarmut anzuerkennen,²³ obwohl (aus Großbritannien) aussagekräftige Belege dafür vorliegen, dass Mütter eher als Väter ihr Einkommen für die Bedürfnisse der Kinder aufwenden.²⁴ Dieses Problem wird durch Datenerhebungsmethoden verschleiert, da sich etwa in Großbritannien die Aufschlüsselung der Zahl der in Armut lebenden Kinder auf den wirtschaftlichen und familiären Status bezieht, nicht aber auf das Geschlecht. Während sich die Politik auf den „Zweitverdiener“ in einem Haushalt konzentriert, wird nicht ausreichend anerkannt, dass dies zum größten Teil Frauen sind.²⁵

Empfehlungen: Frauen- und Kinderarmut

- Eine Erhöhung des grundlegenden sozialen Schutzes für alle Personen im arbeitsfähigen Alter, einschließlich Frauen, als Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut. Kinder- und Frauenarmut können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden, da Frauen in jedem europäischen Land häufig die Hauptbetreuer sind. Der beste Weg, Kinderarmut zu bekämpfen, ist daher eine Erhöhung des Niveaus der sozialen Grundsicherungsmaßnahmen für alle Personen im arbeitsfähigen Alter.
- Bereitstellung einer verstärkten sozialen Sicherung der gefährdetsten Frauen. Wir empfehlen vor allem eine Erhöhung des Sozialhilfeniveaus für junge Menschen, insbesondere junge, alleinstehende schwangere

Frauen, auf das gleiche Niveau wie für alle Personen im arbeitsfähigen Alter, um sicherzustellen, dass die Kinder junger Mütter nicht benachteiligt sind.

- Bereitstellung kostenloser Sprachunterstützung und angemessene soziale Leistungen für Frauen, die einer Minderheit angehören, wie etwa Migrantinnen und weibliche Flüchtlinge, deren Kinder besonders schwer von sozialer Ausgrenzung betroffen sind.

4. Quo vadis: Die soziale Eingliederung von Frauen

Während bereits Fortschritte gemacht wurden, bestehen weiterhin erhebliche und hartnäckige Hürden für die vollständige soziale Eingliederung von Frauen in Europa. Diese sind sowohl konzeptuell (fehlende Akzeptanz dessen, dass wirtschaftliche Unabhängigkeit ein effektives Ziel ist) als auch praktisch (Verständnis dafür und Akzeptanz dessen, wie marginalisierte Frauen Diskriminierung bei Leistungen erfahren). GenderWorks empfiehlt den Mitgliedstaaten, die Auswertung der Kommission vollständig zu übernehmen. Diese stellt heraus, dass die Umsetzung der sozialen Eingliederung von Frauen bedeutet, bezüglich der strukturellen Nachteile aller Frauen zu handeln. GenderWorks empfiehlt weiterhin, einen besonderen Schwerpunkt der Politik auf die Bedürfnisse der gefährdetsten und am stärksten marginalisierten Frauen zu legen.

Was bedeutet dies nun in Zukunft für die soziale Eingliederung von Frauen? Presseberichten und Aussagen von WirtschaftswissenschaftlerInnen und Regierungen zufolge, sind Rezession und finanzielle Krise abgeklungen. Regierungen und die Kommission haben die Auswirkungen der Rezession auf unterschiedliche Gruppen und für die soziale Eingliederung von Frauen untersucht.²⁶ Für Großbritannien ist bereits bekannt, dass diejenigen, die schon in Armut lebten und diejenigen, die in traditionell armen Regionen leben, am schwersten betroffen sind.²⁷ Wie Frauen und Männer auf unterschiedliche Weise von der Rezession betroffen sind, wird noch untersucht.

Oxfam und die Europäische Frauenlobby führen eine Untersuchung dazu durch, wie Frauen in elf europäischen Ländern von der Rezession betroffen sind. Sie wird aufdecken, dass die längerfristigen Auswirkungen der Rezession auf Frauen nicht sichtbar sind. Die Art, in der Statistiken zusammengetragen werden, scheidert, gestiegene Armut und Ausgliederung zu zeigen, wenn diese auftaucht. Die Untersuchung wird mit großer Wahrscheinlichkeit die versteckten Kosten erhöhter Gewalt gegen Frauen sowie die Auswirkungen von Kürzungen öffentlicher Leistungen, vor allem in Osteuropa, auf das Leben von Frauen aufdecken. Dies spiegelt den Bedarf, die gefährdetsten Frauen (nicht erfasste Migrantinnen, Frauen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, Frauen mit Behinderungen und Alleinerziehende) zu schützen, noch stärker wider. In ganz Europa steigt die Zahl der Frauen, die durch die Maschen des sozialen Sicherungsnetzes fallen, was zu akuter Not und Hilfsbedürftigkeit führt. Wir hoffen, dass die Europäische Kommission ihren Teil dazu beitragen wird, die versteckte Krise aufzuzeigen und Mitgliedstaaten dazu anhalten wird, Maßnahmen zu ergreifen.

5. Soziale Eingliederung und der Nationale Aktionsplan (NAP)

Dieses Kapitel stellt die europäische Agenda zur sozialen Eingliederung vor und fasst die Erkenntnisse der

GenderWorks Partner dazu zusammen, was die NAPs zu Eingliederung von Frauen und Armut enthalten. Es reflektiert über die offene Koordinierungsmethode (OKM) und untersucht die im Laufe des Europäischen Jahres gegen Armut geschaffenen Möglichkeiten.

5.1 Die Agenda der Europäischen Union zur sozialen Eingliederung

Die Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung und die Förderung sozialer Eingliederung war seit dem Jahr 2000 eine wichtige politische Priorität der EU. Ziel der europäischen Politik zur sozialen Eingliederung ist es, bis zum Jahr 2010 entscheidenden Einfluss auf die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu haben. Der europäische Prozess zur sozialen Eingliederung schließt bekannte Zielsetzungen ein - zweijährliche NAPs, in denen Mitgliedstaaten ihre Pläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in ihrem Land abstecken; bekannte Indikatoren sowie ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft (PROGRESS) zur Förderung von gegenseitigem Lernen und Dialogen zwischen den Mitgliedstaaten. Im Jahr 2006 wurde auch die Gleichstellung von Männern und Frauen ein allumfassendes Ziel und wurde vom *Fahrplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern* (2006 - 2010) der Europäischen Kommission unterstützt

5.2 Soziale Eingliederung und die NAPs

Artikel 2 und 3 des Vertrags der Europäischen Kommission (d.h. die gesetzliche Basis für die Maßnahmen der EU) legen die Verpflichtung der EU zur Beseitigung von Ungleichheit und zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern bei all ihren Maßnahmen fest. Im Prozess zur sozialen Eingliederung verpflichtete sich die Kommission dazu, „Gender Mainstreaming mit der offenen Koordinierungsmethode für Sozialschutz und soziale Eingliederung zu stärken und Handelnden, die in diesen Prozess involviert sind, ein Handbuch bereitzustellen.“

Mitgliedstaaten haben jedoch nicht beständig oder wirksam auf diese Agenda reagiert. Die Abteilung für die Gleichstellung der Geschlechter der Kommission hat im Gemeinschaftsbericht 2009²⁸ angemerkt, dass „das Maß, in dem Mitgliedstaaten geschlechtsspezifische Betrachtungen einbezogen haben, ein uneinheitliches Bild zeichnet. Die Präsentation und Analyse von Statistiken, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, hat sich für fast alle Mitgliedstaaten verbessert. Doch dies spiegelt sich nicht immer in den vorgeschlagenen politischen Antworten wider. Während im Allgemeinen eine erhöhte Gleichstellung der Geschlechter immer häufiger sichtbar ist, bleibt weiterhin Verbesserungspotenzial dahingehend bestehen, Gender Mainstreaming konsistent umzusetzen.“

Die GenderWorks Partner haben die Effektivität von Gender Mainstreaming in den NAPs ihrer Länder untersucht und ihre Ergebnisse spiegeln die der Gender-Gruppen und -Experten der Kommission wider. Wir fanden heraus, dass es im Verständnis der politischen Entscheidungsträger für die geschlechtsspezifische Dimension von Ausgrenzung bei konventionellen Problemen wie etwa Kinderarmut, Gesundheit und Beschäftigung große Ungleichheiten gibt. Dies bedeutet, dass Richtlinien, von denen in den NAPs berichtet wird, versagen, Ausgrenzung so effektiv zu bekämpfen wie es möglich wäre. Dies gilt vor allem hinsichtlich gefährdeter und marginalisierter Frauen, die sich mehrfacher Diskriminierung gegenübersehen. Weitere

Informationen finden Sie in den kritischen Abhandlungen von GenderWorks zu den NAPs von Großbritannien, Italien und Österreich. Diese richten ihre Aufmerksamkeit auf Defizite in der nationalen Erhebung und Nutzung genderdifferenzierter Daten sowie das Fehlen einer gründlichen Gender-Analyse.

Die in Europa genutzte OKM für soziale Eingliederung hat viele Vorteile. Ihre Förderung gegenseitigen Lernens, die Bewusstseinsklärung und ihr Ethos einer gegenseitigen Überprüfung zwischen den Mitgliedstaaten bedeutet, dass die Darstellung dessen, was bezüglich Armut und Ausgrenzung passiert, verständlich ist und regelmäßig aktualisiert wird. Da die wahre Macht bezüglich sozialer Ausgrenzung zu handeln - oder nicht zu handeln - jedoch bei den Mitgliedstaaten liegt, und da politische Entscheidungsträger die geschlechtsspezifische Dimension von Armut nicht so gut verstehen wie sie sollten, sind Fortschritte bei der Bekämpfung von Frauenarmut bedroht.

Während in den Nationalen Aktionsplänen Fortschritte gemacht wurden, wird die Analyse dessen, wie Frauen und Männer von sozialer Ausgrenzung betroffen sind, immer noch nicht systematisch durchgeführt und auch nicht in die Struktur der Nationalen Aktionspläne eingegliedert. Dort, wo Fortschritte bezüglich der Schaffung und Kontrolle von Richtlinien gemacht wurden, war europäische Politik zur Gleichstellung von Männern und Frauen der Auslöser. Ein Beispiel dafür ist die Schaffung der gesetzlichen Pflicht zur Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Sektor Großbritanniens oder auch die Konzentration auf die Erwerbstätigkeit von Frauen bei lokalen Diensten in Italien.

Der Kernanalyse der EU (wie beispielsweise belegt im Fahrplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern) zu den Ursachen geschlechtsspezifischer Ungleichheit und zur sozialen Eingliederung wird von den Mitgliedstaaten zum größten Teil nicht gefolgt. Zu den Beispielen gehören EU-Empfehlungen bezüglich gleicher wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Frauen, stärkere Unterstützung dabei, unbezahlte Betreuung zwischen Männern und Frauen aufzuteilen und sicherzustellen, dass soziale Sicherung für alle lebenslang verfügbar ist. GenderWorks' Eintreten bei der britischen Regierung dafür zeigt, dass einige politische Entscheidungsträger daran interessiert sind, die Annahmen, auf denen die Politik basiert, in Frage zu stellen und weitere Untersuchungen dazu durchzuführen. Wir fanden jedoch weniger Begeisterung für spezifische politische Maßnahmen in Bereichen wie soziale Sicherung und Arbeitsmarkt.²⁹

Für die Frauen, die die stärkste Ausgrenzung erfahren - wie etwa Migrantinnen, Frauen, die häusliche Gewalt erfahren, Frauen, die einer ethnischen Minderheit angehören, Frauen mit Behinderungen und ältere Frauen - bestehen weiterhin starke Hindernisse für eine Verbesserung ihrer Situation. Und dies, obwohl die Bedeutung ihrer Teilnahme am Arbeitsmarkt in den Richtlinien der Mitgliedstaaten anerkannt wurde. Belege von TeilnehmerInnen der GenderWorks Trainings in Großbritannien und Italien zeigen, dass es erhebliche Hindernisse dahingehend gibt, dass die Rechte marginalisierter Frauen respektiert werden. Wir haben viele Geschichten darüber gehört, wie Widersprüche zwischen der Einwanderungspolitik und der Menschenrechtspolitik/Politik zur sozialen Eingliederung zu Armut und Diskriminierung geführt haben.

Quellenangaben

- ¹ Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen. Die Daten bilden den Durchschnitt aus den Jahren 2005 bis 2007. Die Zahlen wurden im Januar 2009 aktualisiert
- ² http://europa.eu/legislation_summaries/employment_and_social_policy/equality_between_men_and_women/c10404_en.htm
- ³ Europäische Kommission und Europarat. Gemeinsamer Bericht über soziale Eingliederung (7101/04), März 2004
- ⁴ Oxfam, abschließende Zusammenfassung des Projekts zur sozialen Eingliederung 03-06 ; ursprüngliches Konzept von John Gaventa
- ⁵ <http://www.ukcap.org/getheard/latest.htm>
- ⁶ Oxfam, abschließende Zusammenfassung des Projekts zur sozialen Eingliederung 03-06 ; ursprüngliches Konzept von John Gaventa
- ⁷ <http://www.scotland.gov.uk/Publications/2007/03/27104103/3>
- ⁸ Das LAA ist ein Mechanismus zur Überprüfung, ob Verpflichtungen zur Bekämpfung von Mangel und zur Eingliederung von Lokalregierungen und ihren Partnern im Regierungs- und Freiwilligensektor eingehalten wurden.
- ⁹ *Women's participation in local strategic partnerships and local area agreements*, South Essex Rape and Incest Crisis Centre (2008), Shaping Thurrock, und Oxfam; *Women's participation in the Sunderland Partnership and gender equality in its local area agreement*, Sangini und Oxfam (2009)
- ¹⁰ The Global Gender Gap, Weltwirtschaftsforum, 2009
- ¹¹ <http://www.oxfam.org.uk/applications/blogs/GenderWorks/>
- ¹² *Shaping a fairer future*, Kommission für Frauen und Arbeit, 2007
- ¹³ In Barcelona im Jahr 2002 festgelegte Zielvorgaben dahingehend, welche Kinderbetreuungsdienste zur Unterstützung des Einstiegs von Frauen in den Arbeitsmarkt bereitgestellt werden sollten.
- ¹⁴ *Making work pay: debates from a gender perspective - A comparative review of some recent policy reforms in thirty European countries.*
- ¹⁵ *Why women?*, Women's Resource Centre, London, 2006
- ¹⁶ *The costs of domestic violence*, Sylvia Walby, Britische Abteilung für Frauen und Gleichstellung, 2004.
- ¹⁷ *Violence against women: Hard knock life*, Justine Järvinen, Angela Kail & Iona Miller, 2008
- ¹⁸ 'Improving the statistics on violence against women', *Statistical Journal of the United Nations Economic Commission for Europe*, 22, 4, 193-216, 2005.
- ¹⁹ *Social-economic rights for women survivors of violence and their children*, WAVE, 2009
- ²⁰ Wie etwa enthalten in der allgemeinen Empfehlung 19 des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen; Empfehlungen des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), für weitere Einzelheiten siehe den WAVE Länderbericht 2008.
- ²¹ Europäisches Parlament: Entschließung des Europäischen Parlaments zu der derzeitigen Lage bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und künftige Maßnahmen (2004/2220(INI)), verabschiedet am 2. Februar 2006, Brüssel, 2006; Europarat: *Legislation in the Member States of the Council of Europe in the Field of Violence against Women*, Volume II: Italy to United Kingdom, Straßburg, 2007c.
- ²² http://ec.europa.eu/employment_social/spssi/publications_en.htm#childpoverty
- ²³ *Women's and children's poverty, making the links*, Women's Budget Group 2005
- ²⁴ Lundberg *et al*, 1997
- ²⁵ *Delivering on child poverty, what would it take?*, Lisa Harker, Britisches Ministerium für Arbeit und Altersversorgung
- ²⁶ Analysenotiz: Gender und die Rezession, Mark Smith (für EGGE - Expertennetzwerk der Europäischen Kommission für Beschäftigung und Gleichstellung der Geschlechter)
- ²⁷ *Monitoring the impact of the recession on various demographic groups*, Britische Gleichstellungs- und Menschenrechtskommission, Juni 2009
- ²⁸ Auswertung der Kommission der einzelnen Nationalen Aktionspläne der Mitgliedstaaten
- ²⁹ *Women and social inclusion*, GenderWorks Grundsatzpapier, Fran Bennett für Oxfam, Oktober 2009

